

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Ball und Reiz“ mit „Gedinn und Reingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 6. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Warnung in letzter Stunde.

Dringende Eingabe der Gewerkschaften gegen die Zollvorlage.

In letzter Stunde vor der endgültigen Erledigung der Zollvorlage haben die Gewerkschaften die schweren wirtschaftlichen Bedenken gegen die Zollpolitik des Reichstages noch einmal in einer Eingabe an den Reichskanzler zusammengefaßt.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände richten an die Reichsregierung das Ersuchen, vor der Verabschiedung des Gesetzes über Zolländerungen nochmals in eine ernste Prüfung einzutreten, ob die geplanten schweren Eingriffe in das Wirtschaftsleben wirklich notwendig und unvermeidbar sind.

Durch die Einführung von Zöllen auf Lebensmittel und Futtermittel wurde eine

unerträgliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten

eintreten. In sorgfältigen Berechnungen ist festgestellt worden, daß allein durch die von der Regierung vorgeschlagenen Zölle auf Agrarprodukte eine minderbemittelte fünfköpfige Familie mit einer Mehrausgabe von mindestens 150 M. jährlich belastet werden würde.

Die Einkommens- und Ernährungslage aller Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger ist zurzeit bereits derartig gespannt, daß eine weitere Belastung nicht tragbar ist.

Schon die für die nächsten Monate beschlossene Sprunghaftige Erhöhung der Mieten bedeutet für sämtliche Haushaltungen der Arbeiter, Angestellten und den größten Teil der unteren und mittleren Beamteneine Mehrausgabe, die dem fargen Lebensunterhalt abgerungen werden muß.

In dieser Situation ist es völlig ausgeschlossen, daß die geplante Mehrbelastung durch die Agrarzölle von den Konsumenten getragen werden könnte.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Die unterzeichneten Verbände sind mit der Regierung darin völlig einer Meinung, daß die Erhaltung einer lebensfähigen Landwirtschaft zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik gehört.

Steuersystem und durch die auf allen Zweigen der deutschen Wirtschaft lastenden Kreditwierigkeiten.

Angesichts dieser Situation würden Zölle ein völlig ungeeignetes Mittel sein, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen; die von den Verbrauchern geforderten Opfer würden vergeblich gebracht werden.

Die unterzeichneten Verbände unterbreiten der Reichsregierung daher

folgenden Vorschlag.

der sich für sie mit zwingender Logik aus den ausgeführten, von allen Sachverständigen übereinstimmend getroffenen Feststellungen ergeben hat:

Es muß mit allem Nachdruck daran gegangen werden, die besonderen Erschwernisse, unter denen die deutsche Landwirtschaft leidet und durch die sie schlechter gestellt ist als die Landwirtschaft anderer europäischer Länder, auf direktem Wege zu beseitigen.

Diese grundlegenden Maßnahmen, die sofort oder in kurzer Zeit durchgeführt werden können, müßten durch ein

systematisches Programm der landwirtschaftlichen Produktionsförderung

unterstützt werden. Das landwirtschaftliche Kreditwesen muß weiter ausgebaut werden; durch eine Verbindung zwischen Kreditgewährung und einer von den landwirtschaftlichen Organisationen selbst zu handhabenden Betriebsberatung wäre einer Verschwendung und unweidmässigen Verwendung der Kredite vorzubeugen.

Ein großer Teil dieser Maßnahmen stellt erst eine langsam eintretende, dafür aber um so nachhaltigere Wirkung in Aussicht; durch die Aufhebung der Ausfuhrverbote, den Abbau der Industriezölle und Beseitigung der Umsatzsteuer auf landwirtschaftliche Produkte würde dagegen eine sofortige ganz wesentliche Erleichterung für die Landwirtschaft eintreten.

Die unterzeichneten Spitzenverbände machen daher den Vorschlag, diese Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig die zurzeit bestehende Zollfreiheit für Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Verlängerung der Zollfreiheit

erfährt um so weniger bedenklich, als bereits während des letzten Jahres, in dem die Landwirtschaft unter sehr viel ungünstigeren Bedingungen stand als gegenwärtig, die landwirtschaftliche Produktion nicht nur keine Verringerung, sondern eine ganz besonders rasche und erfreuliche Steigerung erfahren hat.

Unter Würdigung aller Umstände können die unterzeichneten Verbände in den geplanten Zöllen kein geeignetes Mittel einer zielbewußten und sachlich begründeten Wirtschaftspolitik

erblicken. Die den Konsumenten zugemuteten Opfer mit allen sich daraus zwangsläufig ergebenden Folgen sind durch die wirtschaftliche Situation in keiner Weise gerechtfertigt.

Die unterzeichneten Spitzenverbände halten es daher für ihre Pflicht, in letzter Stunde nochmals vor dem Betreten dieses Weges zu warnen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. (H.-D.)

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Zolldiktatur?

Vor der zweiten Lesung des Zolltarifs.

Das Gesetz über Zolländerungen wird nun in den nächsten Tagen zur zweiten Lesung an den Reichstag gelangen. An dem eigentlichen Tarif der Regierungsvorlage sind verhältnismäßig wenig Änderungen vorgenommen worden.

Dagegen hat das aus acht Paragraphen bestehende Gesetz selbst eine nicht unbedeutende Umgestaltung erfahren. Durch das bekannte Kompromiß sind die ursprünglich vorgesehenen Mindestzölle auf Getreide gefallen und dafür Mindestzölle für Schlachtvieh eingeführt worden.

Für Getreide, Hülsenfrüchte, Fleisch, Mehl usw. waren in der Vorlage für die Zeit bis zum 31. Juli 1926 gewisse Ermäßigungen gegenüber dem allgemeinen Tarif vorgesehen.

Wird der Zolltarif jetzt Gesetz, so ist dem deutschen Volke auf Jahre hinaus eine neue schwere Last auferlegt, und wenn auch durch Handelsverträge die eine oder andere Position noch heruntergeholt wird, so wird dadurch keine wirklich bemerkbare Erleichterung des Drucks herbeigeführt werden.

hoffentlich noch früh genug, um die Vorbereitung der sogenannten großen Tarifreform entscheidend zu beeinflussen. Denn das vorliegende Gesetz soll zunächst nur bis zum 31. Juli 1927 gelten.

Aber es gibt noch eine Bestimmung in der Vorlage, auf die eine ganz besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden muß. Der § 3a ermächtigt die Reichsregierung im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Be-

Anzeigebriefe:

Die einseitige Konvaleszenz 80 Pfennig, Reklamezettel 5.- Reichsmark, „Reife Kasse“ das fertige Wort 25 Pfennig (außer zwei fertige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stimmzettel das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Sonntagsblatt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

dürfnisses mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben". Das ist schlechterdings eine Ungeheuerlichkeit! Sehen wir ganz von der Verfassungswidrigkeit ab, die darin liegt, einen Ausschuss des Reichstags zum Träger der Gesetzgebung zu machen, so soll hier das Plenum der Volksvertretung für die Umgestaltung des von ihm beschlossenen Zolltarifgesetzes vollständig ausgeschaltet werden. Die Regierung zusammen mit dem Reichsrat und einer Kommission, in der die Schatzkammer unbedingte Mehrheit hat, erhält die Ermächtigung zur Änderung der Zölle, und das bedeutet nicht nur, daß sie nach Belieben irgendwelche mehr oder weniger wichtige Positionen hinaufschrauben kann, sondern sie ist auch in die Lage gesetzt, nach dem 31. Juli 1926 die Säge für Getreide, Fleisch usw., die wie gesagt, bis zu diesem Termin gebunden sind, nach Gutdünken zu erhöhen, und sie vermag dann auch die Mindestzölle für Vieh dem Wunsch der Rechtsparteien entsprechend hinaufzusetzen. Man fragt sich am Ende, wozu denn überhaupt der Reichstag noch zur Beschlußfassung über die gegenwärtige Vorlage bemüht wird. Es genügt ja schließlich der eine Paragraph, der der Regierung mit oder ohne Reichsrat und Reichstagsausschuss freie Hand für die Festsetzung der Zölle gewährt. Hier soll einfach eine Art von Soldatiktur errichtet werden, und das Erstaufrichtige dabei ist, daß sich Regierung und Regierungsparcien noch dazu auf den Standpunkt stellen, es handele sich bei dem § 3a nicht um ein verfassungsänderndes Gesetz, das zu seiner Annahme einer Zweidrittelmehrheit bedürfe.

Wird dieser Paragraph endgültig angenommen — und er kann nur mit einfacher Mehrheit angenommen werden, da eine Zweidrittelmehrheit ohne die Sozialdemokratie nicht zustande kommt —, so heißt das Willkür, die die das Kabinett Luther stützenden Parteien bei der ganzen bisherigen Beratung der Steuern und der Zölle haben walten lassen, die Krone aufsehen.

Es ist die Absicht der Mehrheit, das verhängnisvolle Gesetzgebungswort noch vor den Ferien in wenigen Tagen zu verabschieden. Diese Absicht ist mit der Würde des Parlaments und dem Recht der Opposition, ihre Gegengründe ausführlich geltend zu machen, unvereinbar. Es bestehen nicht nur unüberbrückbare sachliche Gegensätze, sondern auch über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Materie sind die Meinungsverschiedenheiten so stark, daß die Dinge einem Konflikt entgegenzutreiben scheinen.

Auch die Mietsteuer angenommen.

Alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Der letzte Tag der Beratungen der Steuervorlagen in zweiter Lesung hat den Volksmassen die allerstärkste Belastung gebracht. In dem Finanzausgleichsgesetz ist vorgesehen, daß die Mietsteuer künftig in wesentlich höherem Maße als bisher angepaßt werden kann. Sowohl die Erhöhung der Mietsteuer für den Wohnbau, als auch die Erhöhung für fiskalische Zwecke und für einen erhöhten Anteil an die Hausbesitzer bedingen eine Steigerung der Miete, deren Ausmaß nach oben nicht begrenzt ist. Das Gesetz sieht lediglich vor, daß die Mietsteuer für fiskalische Zwecke bei einer Miete bis zu 100 Proz. der Friedensmiete nicht mehr als 30 Proz. betragen darf. Es gewährt aber sonst freien Spielraum für das unbegrenzte Steigen der Mieten.

An allen diesen gefährlichen Absichten ist in zweiter Lesung nichts geändert worden. Zwar wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der die Bestimmung streicht, monach die Mieten am 1. April 1926 „mindestens“ 100 Proz. zu betragen haben. Aber das ist nur eine Schönheitskorrektur, die ohne jede praktische Bedeutung ist. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden von der geschlossenen Regierungsmehrheit niedergestimmt. Nichts ist zum Schutze der großen Massen der

Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner durchzuführen gewesen. Die Mehrheit, befehle von dem Willen, auch bei der Mietpreisbildung dem Profit freie Bahn zu verschaffen, ließ alle volkswirtschaftlichen Erwägungen außer Betracht und öffnete durch ihre Beschlüsse dem unbefchränkten Steigen der Miete Tür und Tor.

Eine starke Belastung der Volksmassen wird die unausbleibliche Folge sein. In einer Zeit steigender Preise und erditternden Widerstandes der Unternehmer gegen Lohn- und größerer Elend werden auftreten, zugleich aber wird die Arbeitsfähigkeit der Massen und die Exportfähigkeit der deutschen Industrie leiden. Alles das aber ist von dem Rechtsblock in den Kauf genommen worden. Seine Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Volke ist so groß, daß er nicht einmal eine Rechtfertigung für seine Handlungen zu geben versucht hat.

Wahrlich, niemals sind Wähler so getäuscht worden, wie diejenigen, die im Vertrauen auf Rettung aus Not und Elend ihren schärfsten Bedrückern in den Sattel geholfen haben.

Schwarz-Rot-Gold ist Reichsfarbe!

Scharfer Erlaß Severings gegen Schwarz-Weiß-Rot.

Innenminister Severing hat an die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem er noch einmal einschärft, daß die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold sind und daß auch die Kommunalbehörden sich danach zu richten haben. Ueber den Inhalt des Erlasses berichtet der Preussische Pressedienst:

Der Minister weist eingangs darauf hin, daß er schon in seinem Erlaß vom 27. Juli 1922 auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß das Flaggen mit schwarzweißen Fahnen auf sämtlichen Dienstgebäuden, auch denen der Gemeinden und Gemeindeverbände, in Zukunft unterbleibe! Der Eingliederung der Gebietskörperschaften in Staat und Reich entspräche es, daß sie nur die neuen Reichsfarben führen dürfen. Die Beflagung mit den alten Reichsfarben von diesen Stellen aus würde nicht als bloße Befundung der gebotenen Achtung gegenüber den früheren Reichsfarben angesehen werden können, sondern müßte als eine bewußte und gewollte Mißachtung gegenüber den geltenden verfassungsmäßigen Farben wirken, die sich in keiner Weise, insbesondere nicht durch Berufung auf das Recht der Selbstverwaltung, rechtfertigen lasse.

Der Minister ist daher entschlossen, eine mißbräuchliche Verwendung der früheren Reichsfarben nicht zu dulden, und macht darauf aufmerksam, daß derartige Maßnahmen der Selbstverwaltungskörper unter allen Umständen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung bedeuten und auf Grund des § 10 II 17 WRV polizeilich zu verbieten, gegebenenfalls zu beschließen sind. Er ersucht daher die Regierungspräsidenten, für Berlin den Polizeipräsidenten, in geeigneter Weise dafür Sorge zu tragen, daß Zwischenfälle der bezeichneten Art unterbleiben und zu diesem Zweck insbesondere dem vielfach anscheinend auch bei kommunalen Verwaltungen verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, als habe das Oberverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 29. Mai 1925 zu der materiellen Frage der Zulässigkeit staatlicher Anordnungen wegen Beflagung kommunaler Dienstgebäude Stellung genommen. Der Minister ersucht weiter, dem Verbot der Beflagung kommunaler Dienstgebäude in den Farben Schwarz-Weiß-Rot im gegebenen Falle, namentlich auch am Tage der Verfassungsfeier, durch Beseitigung genügender Polizeikräfte entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Hinzugefügt wird, daß sich diese Anordnung sinngemäß auf alle Flaggen bezieht, die von denen des Reiches, der Länder, der Provinz oder der Ortsgemeinde abweichen und die öffentliche Ordnung, insbesondere durch Hervorkehrung einer parteipolitischen Tendenz, zu gefährden geeignet sind.

Der Erlaß ist zu begrüßen. Er ist erforderlich, um das Ansehen des Reiches provokatorischen Krähwinkelkeiten gegenüber, wie sie sich Potsdam des öfteren geleistet hat,

zu schützen. Daß aber auch manche Reichsstellen in dieser Frage eine gewisse Bevormundung nötig haben, zeigt ein Vorfall in Halle, wo die Reichsbahndirektion die vom dem Magistrat erlaubte Beflagung der auf dem Bahnhofsvorplatz stehenden Masten in den Reichsfarben verboten hat. Sie will nur die Stadtfarben erlauben! Der Erlaß des Genossen Severing ist die richtige Antwort auf den ungeheuerlichen Eingriff der Reichsbahndirektion Halle in das Recht des Staatsbürgers der Reichsfarbe zu zeigen. Aber auch die Generaldirektion der Reichsbahn und der Reichsinnenminister werden zu diesem unglaublichen Vorfall Stellung nehmen müssen. Es wäre ein unmöglicher Zustand, wenn die Reichsregierung den Schutz der Reichsfarben und damit des Ansehens des Reiches, dessen sich der preussische Innenminister mit so erfreulicher Energie annimmt, verlagern würde.

Parteiheke.

Aber keine Hilfe für die Vertriebenen.

Während die „Deutsche Zeitung“ in der Optantenfrage auch weiter gegen Stresemann Sturm läuft, bemüht sich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eigens der Geschäftsführer der Deutschnationalen, Abg. von Vindeiner-Wildau nun den Nachweis, daß neben Gen. Severing, auch der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kaufher, an der Tragödie der aus Polen Vertriebenen schuld ist. Er versucht vergeblich, die niedrige deutschnationale Parteiheke mit einem Schein von Sachlichkeit zu bemänteln. Der einseitige Vorstoß der Deutschnationalen gegen Mitglieder der preussischen und der Reichsregierung, zeigt zu deutlich, daß es den Jöllnern lediglich darauf ankommt, aus der Not der Vertriebenen politisch Kapital zu schlagen, wie sie es ja auch glänzend verstanden haben, das Elend der Inflationsopfer nach Strich und Faden auszubeuten.

Sachlich ist die „Schuldfrage“ längst erledigt. Auch dem Abg. Vindeiner sind die Veröffentlichungen des Auswärtigen Amtes bekannt. So stellt die vom Auswärtigen Amt inspirierte Diplomatisch-politische Korrespondenz noch einmal fest:

In unangesehener Verhandlungen, seit im Vorjahre durch den Spruch des Völkerbundschiedrichters Raederbeek und das Wiener Abkommen die Möglichkeit — nicht der Zwang — zur beiderseitigen Ausweitung der Optanten geschaffen wurde, hatte man sich deutscherseits bemüht, die polnische Regierung für den gleichen Humanitätsstandpunkt zu gewinnen, um zu verhindern, daß bodenständige Menschen beider Nationalitäten bloß deshalb, weil sie diese nicht preisgegeben hatten, entwürzelt und Rot und Elend ausgelebt wurden. Der Mißerfolg dieser bis in die letzte Zeit fortgeführten deutschen Bemühungen hat sich in seiner Auswirkung deshalb im ersten Augenblick um so schwerwiegender geltend gemacht, weil polnischerseits bei Aufrechterhaltung des engstehenden nationalen Prinzips nicht einmal die Verpflichtungen zur Übermittlung der Optantenlisten richtig erfüllt worden sind, so daß man in bezug auf die Zahl der aus Polen Ausgewiesenen und die Termine ihres Eintreffens auf Schätzungen angewiesen war.

Der Sinn dieser Erklärung ist eindeutig. Aber den Deutschnationalen kommt es nicht darauf an, klarzustellen und zu helfen, ihnen kommt es nur auf die politische Hehe an. Dem deutschnationalen Geschäftsführer entschlüpft in dieser Hinsicht ein niedliches Geständnis. Es genügt nicht, dauernd Krach über nicht vorhandene skandalöse Zustände im Durchgangslager zu schlagen, die Vertriebenen müssen auch untergebracht werden. Wer soll sie aufnehmen?

Es ist damit zu rechnen, daß die zurzeit in den Uebergangsstellen konzentrierten Flüchtlinge den verschiedenen Ländern und Gemeinden in abgeklärtem Verfahren zur Unterbringung überwiesen werden. Ich weiß, daß in unseren überfüllten Städten und Dörfern diese neuen Zuwanderer vielfach unwillkommene Gäste sein werden. Möge man sie das nicht allzu sehr fühlen lassen.

Herr Vindeiner kennt seine Pappenheimer, insbesondere die auf den Herrnsitzen in geräumigen Schlössern. Daß man diese Herrschaften zur Aufnahme der Kleinbauern heranziehen soll, davon magt er nichts zu sagen. . .

Am Schraubstock.

Von Otto Paulus.

„D, stinkt's da.“

Mit diesen Worten habe ich bei einer großen Weltfirma meinen ersten Arbeitstag begonnen. „Du wirst dich daran gewöhnen“, meinten die Kollegen. „Da, stinkt's denn da immer so?“ „Bart's ob, lieber Freund, bekommt noch mehr zu riechen. Wenn wir erst die Maschinen rausfahren, wird es noch toller.“ „Das kann ja heiter werden“, dachte ich. „Ra mal ran an die Arbeit.“

Sig bin ich instruiert, und in wenigen Minuten stehe ich in der Produktion. Einer Alfordkolonne werde ich als erster Mann zugeteilt. Meine Arbeit ist Einpassen von Keilen in Wellen und Aufleiten von Zahnrädern. Der Vorarbeiter meinte: „Du hast hier eine schöne Arbeit. Da heißt es aber aufgepaßt, damit der Kram nicht wackelt. Du weißt ja, wie das ist hier. Finden die Herren was, wo sie einem am Zeug fliden können, dann reiten sie ein halbes Jahr auf einem rum. Also du weißt Bescheid.“

„Ja, ich weiß Bescheid.“

Und ich feilte und feilte und polierte auf, damit die Herren nichts zum Reiten bekamen. Feilte und feilte. Atmete Gestank, der in meinem Kopfe einen dumpfen Druck verursachte, feilte und feilte; schwitzte und stuchte und rechnete nach, wieviel Stück man im Tage machen kann.

Wenn nur der verfluchte Gestank nicht wäre. Dieser fürchterlich stinkende Auspuff der Kohölmotoren.

Aber immerzu feilen und feilen. Ganz mechanisch. Weltab sind die Gedanken.

Doch der Gestank und immer dieselben Griffe; immer wieder das gleiche Stück Arbeit, das kommt mir bald zum Halse heraus, wenn ich daran denke. Und das soll nun Tag für Tag so sein? Ein Lebenslang? Entsehllich! Feilen, immer wieder feilen. Keilen, immer feilen. Fluchen, Schwitzen, Gestank einatmen. Ganz grauig wird mir zumute.

Wie sagten die Kollegen? „Wirst dich daran gewöhnen.“ Und ich muß mich daran gewöhnen.

Feile und feile, fluche und schwitze, atme Gestank und fantasiere von fernen Bergen, blauen Seen und tommendem Land. Seh' mich feilen und feilen ohne Gestank einzuatmen. Herz und Sinn sind mit der Arbeit verweben. Aus jedem Hammerschlag springt die Freude in den arbeitsreichen Tag.

Ich salte die Stirn, strengte mich an, auf die Arbeit zu achten. Dampf schmerzt der Kopf. Weg mit dem Phantasiere! Feilen, feilen.

Doch schon in kurzer Zeit wandte ich in Gefilden reinen Glaubens an gewaltige Ideen. Aus dem grauischen Einerlei steigt meine Liebe zu opferndem Handeln für alle Leidenden in Fabriken, Hütten und dufferen Hallen. Wie Rusik klappt der Rhythmus der Arbeit in meinen Ohren. Höher und höher wächst in mir die Kraft zu

edem Beginnen. Mitreiter sein im großen Heere für die Befreiung der Menschheit. Ketten sprengen. Frei sei der Mensch!

Blötzlich schreie ich zusammen. Zuviel weggefeilt? Nein, es langt noch. Müd gehabt.

Müde werde ich. Müchte mich hinsetzen. Der Kopf schmerzt so arg. Dieser Gestank und der Lärm. Am liebsten ginge ich raus auf eine Wiese. Sonne trinken, den Duft der Erde einatmen und ein Stückchen blauen Himmel sehen.

Noch zwei Stunden, dann ist's geschafft. Also nochmal reingelegt ins Zeug. Es geht aber nur langsam. So schwer fällt es mir jetzt aufzupassen. Die Gedanken fliegen immer wieder hinaus ins Freie. Wieder zusammengegriffen. Aufgerafft. Wie träge die Zeit dahinschleicht. Feilen, feilen. Schraubstock auf, Schraubstock zu.

Frau und Kinder haben Hunger. Sechsbunddreißig Mark die Woche.

Feilen, feilen. Ohne Liebe, ohne Freude. Tag um Tag.

Der Deutsche Studententag.

Der „Deutsche Studententag“ ist nach einer langen welterschütternden, die deutschen „Belange“ grundlegend berührenden Tagung am Mittwoch beendet worden, nachdem es ihm gelungen war, den Tiefstand des neudeutschen Studententums öffentlich zu dokumentieren. Die Begrüßung des Kongresses durch hohe und höchste Spitzen der Behörden, durch die Gesandten Oesterreichs und Ungarns und die Vertreter der ausländischen Hochschulen konnte zu der Erwartung berechtigen, daß dieser achte Studententag besonders bedeutungsvolle Entschlüsse von großer Tragweite zu fassen habe. Nach endlosen Debatten und Nachsitzungen steht man jetzt eigentlich vor lauter Nichtigkeiten.

Dieser Studententag stellt — worauf wir schon bei seinem Beginn hinwiesen — überhaupt nur ein „Kumpfparlament“ dar; denn eine große Minderheit der deutschen Studentenschaft hat die Beteiligung abgelehnt, in Erwartung des üblichen Terrors, der von den „farbentragenden“ und den übrigen „nationalen“ Verbindungen erfahrungsgemäß ausgeübt wird.

Am Tisch des Präsidiums sah der bekannte völkische Pressetiger der „Hochschulblätter“, cand. Franz aus Wien, der seinen Monat ohne eine Anpöbelung des badiischen Ministerpräsidenten vorübergehen läßt, als Symbol der neudeutschen Studentenschaft. Als der preussische Kultusminister Becker eine kurze Ansprache hielt, verließen diese völkischen Reden, vor allem die „Schöller“ der Technischen Hochschule Hannover, die es Becker nicht verzeihen können, daß er den Privatdozenten Leising nicht geliebt und gerädert hat, mit Protest das Lokal.

Schließlich mußten sich aber doch die jungen Leute einige Wahrheiten von dem preussischen Unterrichtsminister sagen lassen, die sie hinunterschluckten wie laures Bier. Ohne jeden Beifall trat der Minister ab; den „vaterländischen“ Tiraden ihrer zünftigen Demagogen aber trampelten sie Beifall, das man einen Hauseinsturz befürchten mußte, wie in Montevideo, der Pfaffenstadt.

Ueber wirtschaftliche Selbsthilfe wurde gesprochen, über Wertstudententum, Auslandsstudium u. a. mehr. Den breitesten Raum

aber nahm die studentische „Ehrenordnung“ ein. Man höre und staune: Seit sechs Jahren berät die deutsche Studentenschaft über dieses heiligste Gut! Trotz Revolution, Inflation, Dames-Gutachten und Sicherheitsvertrag ist es der Blüte der deutschen Jugend immer noch nicht gelungen, den richtigen „Ehren-Komment“ für das neue dem Weltkrieg entwachsene Geschlecht zu fabricieren. Auch diesmal nicht! Man geht in dem niederdrückenden Bewußtsein auseinander, die Kulturstände eines mangelnden Ehrenkodex nicht beseitigt zu haben. Eine Nachsitzung mit 37 Debatteerrednern verpuffte umsonst! Der Reichstag sinkt zu einem harmlosen Debattierklub herab gegenüber der Tragik dieser durchdiskutierten Nacht.

Arme deutsche „Studentenschaft“! Trotz Schühengraben und Werkstudententum hat sie den Weg zum schaffenden Volk nicht gefunden. So hat dieser Studententag mit dem Affenprozeß das eine gemein: er weist zurück in die Nacht der Dummheit und der Reaktion.

Wettbewerb für Berliner Bildhauer. Der Kultusminister beabsichtigt einen allgemeinen Ortswettbewerb unter den preussischen Bildhauern, die ihren Wohnsitz in Berlin haben, zu veranstalten, und hat für die Preise und für Ankäufe von Entwürfen eine Summe von 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Der Wettbewerb hat den Zweck, Bildwerke zu erlangen, die zur Verleihung als Preise für Sportzwecke verschiedenster Art dienen sollen. Die zurzeit eingereichten Entwürfe müssen für eine Ausführung in Vorseilan oder für eine Ausführung in Metallguss (Silber, Bronze) geeignet sein. Es wird hierbei weniger auf die künstlerische Wert auf die Verwendbarkeit der Entwürfe für eine vielfache Anfertigung gelegt, als auf die Verwendbarkeit einiger Exemplare z. B. als Wandpreise. Die Einlegung der Wettbewerbentwürfe erfolgt bei der Akademie der Künste, Berlin W. 8, Borjör Blag 4. Der Termin der Einlieferung sowie die näheren Bestimmungen des Wettbewerbs werden noch bekanntgegeben werden.

Arthur v. Gersbach, der bekannte Regisseur der „Wa“, ist an einem Herzleiden plötzlich gestorben. Bevor er sich dem Him zugewandte, war er als Spielleiter am Leipziger Schauspielhaus und als Direktor des Bromberger und des Elberfelder Stadttheaters tätig gewesen.

Die Staatliche Kunstbibliothek, Prinz-Albrecht-Str. 7a, veranstaltet in ihrem Lesesaal eine Ausstellung „Augsburger Buchillustration von 1470 bis 1530“. Die Ausstellung wird werktäglich von 9—6 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich sein.

Der „Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ hält am 11. und 12. September seine Jahresversammlung in Bonn auf Einladung des Magistrats und der Universität ab. Die Geschäftsstelle des Deutschen Vereins befindet sich jetzt: Berlin C 2, Büchert. 39/40. (Geschäftsführer: Prof. Dr. v. Tringali).

Eine blühende Kinder-Gesellschaft wurde zum 30. Todestag des Dichters gegründet. Sie will eine unbeschränkten Werke herausgeben und ein Kindheim in Dönnitz restaurieren.

Umsatz über den nächsten Nordpolfahrt. Nach Feuerungen Umanit, der in dem Fort eingekerkert ist, dürfte ein Nordpolfahrt mit einem Zepelin nicht in Frage kommen, da er sich zu teuer stellen würde, obwohl er sich für diesen Zweck besser als ein Flugzeug eignet. Umsatz wird alle Einnahmen aus den Fünferkäufen und Vorträgen umwandeln zur Verfügung stellen.

Eine deutliche Antwort.

Der Polizeipräsident an die Bacmeister-Geopold.

Auf die Veröffentlichung der Bacmeister-Geopold „in Sachen Kufmann“ antwortet das Berliner Polizeipräsidium in einer gepfefferten Erklärung, die durch Wolffs Bureau verbreitet wird. Vor allem wendet es sich gegen die Vorwürfe, die gegen die Kriminalpolizei wegen ihres Vorgehens erhoben werden:

Gegenüber diesen vom ersten bis zum letzten Wort unrichtigen Vorwürfen erklärt der Polizeipräsident von Berlin folgendes:

1. Das Vorgehen der Kriminalpolizei ist, wie der amtliche preussische Pressedienst bereits zutreffend gemeldet hat, nicht vom Justizministerium veranlaßt worden, sondern ist auf die eigene pflichtgemäße Entscheidung der Kriminalpolizei zurückzuführen, die kriminalpolizeilichen Maßnahmen waren auf Grund der Vorschriften der Strafprozedur berechtigt und geboten. Selbstverständlich waren lediglich sachliche Erwägungen für die Einleitung des Verfahrens maßgebend.

2. Ueber den Inhalt der kriminalpolizeilichen Vernehmungen hat die Berliner Kriminalpolizei weder dem „Vorwärts“ noch irgendeiner anderen Zeitung oder Zeitungskorrespondenz auch nur die geringste Mitteilung gemacht.

3. Der Inhalt der von der Kriminalpolizei beschlagnahmten Schriftstücke ist weder dem „Vorwärts“ noch irgendeiner anderen Zeitung oder Zeitungskorrespondenz zur Kenntnis gebracht worden. Die vom „Vorwärts“ sofort nach dem Bekanntwerden des kriminalpolizeilichen Vorgehens veröffentlichten Schriftstücke, gehören nicht zu den von der Kriminalpolizei beschlagnahmten. Ueber die letzteren, die zum Teil einen von kriminalpolizeilichen Verfahren betroffenen Justizbeamten nicht unwesentlich betreffen, ist die Öffentlichkeit überhaupt noch nicht unterrichtet worden.

Sollten tatsächlich — wie die obengenannte Zeitschrift behauptet — die beiden Justizbeamten und sonstigen Beschuldigten ideofraktliche Versicherungen abgegeben haben, die den vorgenannten Erklärungen zu 2) und 3) widersprechen, so würden diese Versicherungen unwahr sein. Die Kriminalpolizei wird im Verfahren mit der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren darüber einleiten, ob die etwa abgegebenen ideofraktlichen Versicherungen eine strafbare Verletzung der Eidspflicht darstellen.

Diese Antwort an die deutschnationalen „Justizreiner“ ist kurz, aber deutlich. Wir zweifeln nicht, daß sie von der dem Knoll-Kluge-Kaufing ergebenen Presse mit besonderen Gefühlen aufgenommen werden wird. Aber immerhin hat die von der R.N.V.-Verleumdungszentrale seit langem irreführende Dessenlichkeit ein sehr lebhaftes Interesse daran, auch die für die Justizbeamten belastenden Schriftstücke kennen zu lernen, die bei der Hausdurchsuchung gefunden wurden. Das dreiste Abbiegen durch Bacmeister-Geopold macht es zur Pflicht, ganze Arbeit zu machen.

Die „Stampe“.

Die Bacmeister-Geopold behaupten in ihrer spaltenlangen Erklärung, die wir schon im Abendblatt kurz würdigten, unter anderem, sie hätten „ein Bureau unterstellt, dessen Aufgabe darin besteht, alles, zum Einstampfen bestimmtes Material der Deutschen Werke zur Feststellung der in diesen Werken zum Schaden des Reichs und insbesondere der beteiligten Angestellten und Arbeiterhaft vorgenommenen Defraudationen und Unrichtigkeiten zu überprüfen“.

Auf deutsch: Es handelt sich um gestohlene Akten aus den Deutschen Werken, selbst wenn diese wirklich zum Einstampfen bestimmt gewesen wären. Aber wer glaubt das? Für bloße „Stampe“ hätte Dr. Weich, der Geschäftsführer der R.N.V., schwerlich 10 000 Mark versprochen und 5000 Mark in bar angezählt. Für bloße „Stampe“ hätte Assessor Kufmann wohl kaum jene seltsamen Beschlagnahmeverfügungen erlassen, die aufzuklären er bis heutigen Tage unterlassen hat. Er beschlagnahmte nämlich die gestohlenen Akten zwecks „Sicherstellung für die Staatsanwaltschaft“, ließ sie aber ruhig bei ihren unrechtmäßigen Besitzern.

So wertvoll das Eingeständnis der Geopold und Bacmeister aber auch ist, es bedarf der Ergänzung. Das Bureau Dr. Kluge-Knoll hatte weit mehr zu tun als diese Akten zu bearbeiten. Das beweist z. B. folgender Brief Kluge-Knolls vom 27. Mai 1923:

Berlin-Zehlendorf-Mitte, Anekebedstr. 2.

Sehr geehrter Herr Geopold!

Seit Montag verfolge ich, ebenso auch Herr Bacmeister und Herr Oberfinanzrat Bang, mit Ihnen in Verbindung zu kommen, um ganz dringende Angelegenheiten mit Ihnen zu besprechen, die im Zusammenhang mit den gestrigen in verschiedenen Rechtszeitungen (Deutsche Zeitung, Berliner Börsen-Zeitung, Deutsche Tageszeitung usw.) sowie in zahlreichen Provinzialzeitungen erschienenen Veröffentlichungen über Bacmeister-Hölle stehen. Weiteres in demselben Zusammenhang wird heute folgen. Wir müssen jedoch dringend mit Ihnen Rücksprache nehmen bezüglich parlamentarischer Maßnahmen. . . (Der Rest des Briefes interessiert hier nicht.)

Mit deutschem Gruß Ihr ergebener (gez.) Kluge.

Rohrpost!

Dieser Brief zeigt, daß Herr Geopold außer finanzieller auch parlamentarische Unterstützung dem Bureau Kluge-Knoll angedeihen ließ, aber nicht in Sachen Deutsche Werke, sondern in Sachen Barnial-Hölle. Keinesfalls beweist bezüglich des Herrn Bacmeister ein Brief Kluge-Knolls an die Hauptredaktion der „Berliner Märkischen Zeitung“ vom 4. März 1923, in dem es heißt:

„Gleichzeitig bitte ich Sie, mir von Ihrer heute erscheinenden Nummer (4. 5.) ebenfalls einige Exemplare zu übermitteln, falls in derselben die mit Herrn Bacmeister vereinbarte Notiz über das ärztliche Gutachten betr. Todesfall Hölle enthalten ist.“

Der erste dieser beiden Briefe wirft auch noch ein besonderes Schlaglicht auf die Wahrheitsliebe des darin erwähnten deutschvölkischen Oberfinanzrats Bang, der bekanntlich in einer Zeitschrift an die „Deutsche Zeitung“ seine intimen Beziehungen zu Kluge-Knoll abstrich.

Franken's Schweigen.

Der Mecklenburger Frememord als Geheimnis.

Auf die sozialdemokratische kleine Anfrage nach den Hintergründen des Schweriner Geheimmordes in Feme-Prozess hat sich der Reichsjustizminister herbeigelassen, folgende nichtsagende Antwort zu erteilen:

„Die Anfrage des Abg. Müller-Franken und Genossen Nr. 67 hat mir Anlaß gegeben, mit der Mecklenburg-Schwerinschen Regierung in Verbindung zu treten. Das Mecklenburg-Schwerinsche Staatsministerium hat hierauf mitgeteilt, daß durch Urteil des Schwurgerichts in Schwerin vom 14. Juli d. J. der Maurer Johann Nehn aus Rottowitz und der Schuhmacher Johann Kalla aus Adamowitz wegen gemeinschaftlichen Mordes zur Strafe

des Todes, der Landwirt Karl Liska aus Groß-Strechly wegen Anstiftung zum Mord zur Strafe des Todes, der Oberleutnant a. D. Edward Schäfer aus Thorn wegen Anstiftung zum Mord und wegen Anstiftung zum Meineid zur Strafe des Todes und zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren, der Verwaltungsratsmitglied Josef Wagner aus Reddinghausen wegen Nichtanzeige eines drohenden Verbrechens zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und der Bäcker Alfons Wittor aus Groß-Strechly wegen Meineids zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und drei Monaten verurteilt worden sind. Es hat sich übrigens dahin geäußert, daß es nicht in der Lage ist, den dem Urteil zugrundeliegenden Tatbestand sonstige Feststellungen des Schwurgerichts mitzuteilen, da das Schwurgericht wegen zu beiderseitiger Gefährdung der Staatsicherheit (1) nicht nur die Öffentlichkeit für die Verhandlung einschließlich der Verkündung der Urteilsgründe ausgeschlossen, sondern auf Grund des § 174, Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes den in der Verhandlung anwesenden Personen die Geheimhaltung von Tatsachen, die durch die Verhandlung, durch die Aktenschrift oder durch andere amtliche Schriftstücke des Prozesses zu ihrer Kenntnis gelangten, zur Pflicht gemacht habe. Zu der Frage der Aufhebung hochverräterischer Unternehmungen gegen die Verfassung des Deutschen Reichs und geplanter weiterer Ermordungen hat das Mecklenburg-Schwerinsche Staatsministerium mitgeteilt, daß die Ergebnisse der Hauptverhandlung der Staatsanwaltschaft in Schwerin keine Veranlassung gegeben haben, bei dem Oberreichsanwalt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Hochverrats anzuregen, und daß von einem Mordplan gegen 17 Personen der Staatsanwaltschaft nichts bekannt ist.“

Diese höchst merkwürdige Beantwortung der Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt, daß weder die Reichsregierung noch eine Landesregierung bei der Politisierung unserer Justiz imstande oder willens sind, in einer Lebensfrage der Republik auch den Tatbestand eines politischen Komplotts, das zu vier Todesurteilen geführt hat, offiziell zu erfahren. Die Antwort bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen groben Mißbrauch des „Gerichtsverfassungsgesetzes“ zur Vertuschung politischer Straftaten im Interesse der Reaktion. Es ist ganz undenkbar, daß der Tatbestand dieses der mecklenburgischen Feme entsprungenen Mordes nicht hochverräterische Elemente enthält und lediglich nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts unter Vorbehalt der „Staatsicherheit“ im Sinn des Landesverrats hinter den verschlossenen Türen eines mecklenburgischen Landgerichts abgeurteilt werden kann. So bedeutet diese Antwort des Reichsjustizministers nichts anderes, als eine unerhörte Herausforderung der republikanischen Bevölkerung, die durch ihre Presse eingehend über den politischen Hintergrund des Prozesses unterrichtet worden ist, eine Herausforderung des republikanischen Deutschland durch eine eigeninnige Bursaukratie, die vom deutschnationalen Reichsminister zu den rechtsstehenden Landesregierungen und dem letzten Amtsgericht herunter eine Kette bildet, um dem im Reichstag verkörperten Volk zu zeigen, daß es in seinen Lebensfragen rein gar nichts zu sagen hat, wenn die Beamtenklippe nicht will.

Die Steuerscheu von Giesches Erben.

Verwaltungsrat Gause, der Verantwortliche.

Breslau, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Die ungeheuerliche Steuerhinterziehung der großen Bergwerks-Gesellschaft von Giesches Erben, die Genosse Reil im Reichstag ausgedeckt hat, ist von der bürgerlichen Presse in Schlesien so gut wie gar nicht beachtet, allenfalls nur unvollständig im Reichstagsbericht erwähnt worden. Immerhin gibt gestern die in Schlesien stark verbreitete „Schlesische Provinz-Korrespondenz“ einen Artikel, in dem sie den Vorstehenden des Verwaltungsrats der Firma und früheren Siedlungskommissions-Präsidenten Gause auffordert, da er die unwürdige Gefehesumgebung und die Verheimlichung von mehreren 100 Millionen Goldmark vor der Steuer im Krieg und nachher getauft haben muß, seine öffentlichen Ehrenämter niederzulegen. Er besaße gerade die ihm politisch und gesellschaftlich nahestehenden Kreise.

Um welche Kreise es sich dabei handelt, das macht heute die Breslauer „Volksmacht“ etwas deutlicher, indem sie Herrn Gause auffordert, diesem Wink zu folgen. Sonst würde demnächst der Öffentlichkeit vorgeführt werden, wie er in deutschnationalen Versammlungen vom Vorstandssitz aus herab sich begrüßt zu werden pflegte oder wie er im „Rollen-Kreis“-Vorstand monarchistische Forderungen der früheren Kronprinzessin darbrachte, deren Mann ja dafür nach den Angaben von Reil ernstes Interesse für Giesches Anteile gezeigt habe. Den Arbeitern von Giesche wird jetzt auch ein Licht darüber aufgehen, warum gerade sie durch Stahlhelm-Agitation vor der Berührung mit den Ansichten der Sozialdemokratie bewahrt bleiben sollten.

Der neue Danziger Senat.

Koalition zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Liberalen.

Danzig, 3. August. (Mit.) Heute abend 9 Uhr ist die Koalition für die Wahl der parlamentarischen Senatoren zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und der deutschen liberalen Fraktion zustande gekommen. Die Sozialdemokratie erhält 6 Senatoren, die deutsche liberale Fraktion 4 und das Zentrum ebenfalls 4 Sitze. Die Parteien haben jedoch zusammen nur 57 Abgeordnete, d. h. also nicht die Hälfte des Volkstaates, der 120 Abgeordnete hat. Sie sind deshalb auf die Unterstützung anderer Mittelgruppen angewiesen. Mit deren Unterstützung soll die Wahl am 14. August stattfinden. Voraussetzlicher Vizepräsident des Senats wird der bisherige sozialistische Vizepräsident des Volkstaates Gehl. Eine nennenswerte Änderung der Außenpolitik Danzigs ist von der neuen Koalition kaum zu erwarten. Innenpolitisch dürfte sie mit recht erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Fürstenaufwertung.

Und Defizit in der Thüringer Staatskasse.

Weimar, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Etat des Landes Thüringen, der im letzten Jahre mit 89 Millionen abschloß, wird sich in diesem Jahre auf über 105 Millionen Mark erhöhen. Schon jetzt rechnet man mit einem Fehlbetrag von 10 Millionen. Ganz besonders hohe Kosten sind durch die verlorenen Prozesse mit den ehemaligen Fürsten und der Kirche entstanden, die allein eine Mehrausgabe von vier Millionen jährlich erfordern.

Mahrenbrecher ist mit 10 gegen 4 Stimmen zum Varter der Gemeinde Wengersgrün-Weimern-Parsberg gewählt worden. Die Wahl dürfte zu einer allgemeinen Protestbewegung der Kirchenanhänger führen.

Räumung der Sanktionsstädte.

Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vor dem Abzug der Truppen.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Botschafterkonferenz, als die nach dem Friedensvertrag zuständige Instanz, hat am Mittwoch den offiziellen Beschluß zur Räumung der drei im März 1921 durch die alliierten Truppen besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort gefaßt. Sie hat dem Interalliierten Militärkomitee in Berlin Anweisung gegeben, die lokalen Befehlshaber dahin zu instruieren, daß die drei Städte bis zum 15. August zu räumen sind.

Die Botschafterkonferenz hat mit diesem Räumungsbefehl ein Versprechen eingelöst, das sie dem Reichskanzler Marz auf der Londoner Konferenz gegeben hatte. Dieser Beschluß der Botschafter war zur Verwirklichung des Abzugs der Truppen notwendig, da die Besetzung der drei Städte im Einverständnis mit den Ententemächten (im Gegensatz zum Ruhrkampf) erfolgt ist. Bekanntlich vollzogen die französischen und belgischen Truppenteile am 3. März 1921 diese „Okkupation“, nachdem die Besatzungsmächte erklärt hatten, sie seien befugt, angesichts der Zahlungserweigerung Deutschlands auf der ersten Londoner Konferenz „Pfänder“ zu fordern.

Die „Pfänder“ waren nach wirtschaftspolitischen und militärischen Gesichtspunkten ausgewählt worden; sie sollten den Hauptabzugskanal des Ruhrgebietes nach dem Westen, das dem Rhein vorgelagerte Hafengebiet, in die Hand der Gläubiger Deutschlands bringen. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß gegenüber dem feinmaschigen Netz der Wirtschaft noch so plumpe und tief einschneidende „Barrieren“ wirkungslos sind, wenn der „blockierte Teil“ über ein höchentwickeltes Eisenbahnnetz verfügt.

Der Okkupation der Ruhrhäfen mußte demnach die Besetzung des Ruhrgebietes folgen als ein Eingeständnis von der Wirkungslosigkeit einer noch so raffiniert ausgefügelten Wirtschaftsstrategie.

Eine gemischte aus französischen und belgischen Offizieren bestehende Kommission ist nun an der Arbeit, unter Inanspruchnahme der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den Abtransport der Düsseldorf-Infanteriedivision in die Wege zu leiten. Letzten Endes bedeutet auch dieser Truppenabmarsch nichts anderes wie die Kapitulation der Gewalt vor der Vernunft bei der Lösung der wirtschaftlichen Befriedung des Kontinents.

Die deutschen Sachlieferungen.

Widerstände der französischen Industrie. — Pläne öffentlicher Arbeiten.

Paris, 3. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz, die sich am Dienstag unter Vorsitz von Painlevé mit den deutschen Sachlieferungen beschäftigt hat, ist dadurch veranlaßt worden, daß Frankreich das ihm nach dem Demosplan zustehende Kontingent der deutschen Reparationslieferungen in Naturalien bisher nur zu einem Teil abzunehmen vermocht hat. Nebenbei, wie bei dem im Jahre 1922 unternommenen Schritt der deutschen Gewerkschaften, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Beteiligung deutscher Arbeiter und Techniker zu fördern, und wie bei der Durchführung des Rathenau-Boucher-Abkommens ist es auch diesmal wieder der Widerstand der französischen Industrie gegen deutsche Naturalleistungen, der die im vergangenen Jahre getroffene Regelung zu gefährden droht. Jetzt allerdings mit dem Unterschied, daß bei diesem Sabotageversuch Frankreich allein die Kosten zu tragen haben wird, da bei der nunmehr international anerkannten Unmöglichkeit für Deutschland, größere Barzahlungen zu leisten, Frankreich nur dann auf den vollen Eingang des ihm zustehenden Reparationsteils zu rechnen hat, wenn es deutsche Sachleistungen dafür in Zahlung nimmt.

Angesichts der vorhandenen privatwirtschaftlichen Widerstände, mit deren Ueberwindung in absehbarer Zeit kaum zu rechnen ist, scheint die französische Regierung dem schon früher erörterten Gedanken näher treten zu wollen, die deutschen Reparationslieferungen mehr und mehr in den Dienst der von ihr geplanten öffentlichen Arbeiten großen Stils zu stellen. Es ist bereits vor einiger Zeit von der französischen Regierung ein größerer Auftrag an Maschinen und Materialien aller Art zur Durchführung der Kanalisierung der Seine in Deutschland vergeben worden. Jetzt verkundet, daß in ähnlicher Weise die deutsche Industrie auch für die geplante Elektrifizierung des flachen Landes herangezogen werden soll. Auch verschiedene Pläne zur Verwendung deutscher Reparationslieferungen in den französischen Kolonien scheinen in der Konferenz geprüft worden zu sein. Endgültige Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, vielmehr ist der Unterstaatssekretär Bonnet beauftragt worden, ein Gesamtprogramm für die rationelle Ausbarmachung der deutschen Lieferungen auszuarbeiten und dem zuständigen Ministerium zu unterbreiten.

Die deutsch-spanischen Verhandlungen.

Kein Abbruch, sondern Vertagung.

Wolffs Bureau meldet: Eine Berliner Zeitung hat gestern abend eine Meldung ihres Madrider Korrespondenten über einen angeblichen „definitiven Abbruch“ der Handelsvertragsverhandlungen in Madrid gebracht. Nach den hier vorliegenden amtlichen Nachrichten trifft diese Mitteilung nicht zu. Allerdings muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß die deutsche Delegation in diesen Tagen von Madrid abreisen wird. Eine endgültige Entscheidung darüber liegt noch nicht vor. Die Abreise der deutschen Delegation würde aber keinen Abbruch, sondern nur eine Vertagung der Verhandlungen bedeuten. Auch die Meldung, daß die spanische Regierung die von der Reichsregierung an die deutsche Delegation vor kurzem gegebene telegraphische Instruktion als „nicht akzeptabel“ bezeichnet habe, trifft nicht zu. Die deutsche Delegation wird in dem natürlichen Verlauf der Verhandlungen jetzt nach Deutschland zum Bericht über die bisherigen Verhandlungen und zur Einholung neuer Instruktionen zurückfahren. Es besteht bis jetzt kein Grund, daran zu zweifeln, daß die deutsche Delegation, wie das von vornherein von der Reichsregierung vorgeschlagen war, nach der Sommerpause Mitte oder Ende September zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Madrid zurückreisen wird.

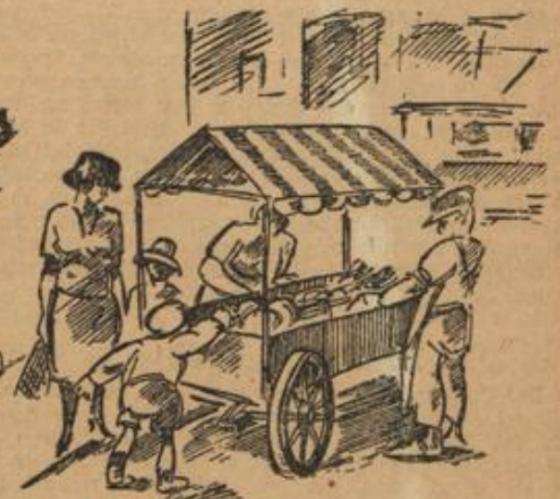
Noch eine Erkrankung.

Ohnmachtsanfall der Genossin Arning im Reichstag.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Arning erlitt am Mittwoch abend im Reichstag während einer namentlichen Abstimmung einen schweren Ohnmachtsanfall. Sie wurde in das Krankenzimmer geschafft, wo sich der in diesen Tagen sehr stark in Anspruch genommene sozialdemokratische Abgeordnete Dr. med. Kosek um sie bemühte.



Mehr Gemüse auf den Tisch!



Wenn uns im Frühling und zum Sommeranfang aus den Körben der Händler...

bildet, der Verdauung schwer zugänglich. Daher geht leider etwa der dritte Teil von ihnen ungenutzt verloren...

Reichlich Kohlehydrate und Salze.

Die Zellulose ist es auch, welche die Verdauung der reichlicher vorhandenen Kohlehydrate nicht in vollem Maße gestattet...

Die ihren Einfluss. In den Gemüsen und vornehmlich wieder in den frischen grünen sind sie durchwegs enthalten.

Zeit und Art.

Wenn wir immer den Wert der frischen und grünen Gemüse betonen, so ist damit natürlich keineswegs gesagt, daß nur diese gegessen werden sollen.

Der Nährwert der Gemüse.

Wir wissen, daß alle Nahrungsmittel gewisse Mengen von bestimmten Nährstoffen enthalten, Eiweiß, Fett und dergl., und daß danach ihr sogenannter Nährwert berechnet werden kann.

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch.

Ritgeteilt von Kurt Eisner.

(Schluß.)

Sie brach in wildes Weinen aus und warf sich wieder in ihren Sofawinkel, den Kopf auf der Lehne. Eine unendliche Weichheit überkommt mich...

ob die Tür nach dem Flur sich bewegt hätte. Ich hatte zuerst nicht darauf geachtet. Eine grauende Furcht besüllt mich. Wenn Klara in dieser Erregung hinausläuft...

glänzende Zukunftsbilder, wie nun vergessen sei, was geschehen, und wie herrlich sich das neue Leben gestalten werde. 'Weißt du,' schrie ich, 'was ich am liebsten tun möchte?'

Produkte der Bakterien nicht befechtigen, jedoch schwere, den Wurst- und Fleischvergiftungen ähnliche Krankheiten entstehen. Deshalb benutze man keine aufgetriebene Konservendbüchse, kein Weinglas mit trübem Inhalt, keine riechenden oder verdächtig aussehenden Dauerkonserven.

Die Gemüse gehören zu den ältesten Kulturgütern der Menschheit. Seitdem der Mensch aus dem reinen Sommerzustand herauskam, in welchem er nur in der Natur vorhandene Pflanzen sich zugeführt hatte, und seitdem er den planmäßigen Erwerb der Feld- und Gartenfrüchte durch eigenen Anbau begonnen hatte, hat es stets bestimmte Arten von Gemüse in allen Gärten der Menschheit gegeben bis auf den heutigen Tag. Wohl sind in anderen Ländern andere Pflanzen und Früchte beliebt, wohl hat die Zeit Alles vergehen und Neues entstehen lassen, aber Pflanzen, Pflügen und Pflegen ist das gleiche geblieben. Und da ist es doch bewundernswert, daß der einfache und einfältige Mensch vor vielen Jahrhunderten, den keine Möglichkeit der systematischen Untersuchung zur Verfügung stand, mit seinem Instinkt das als richtig gefunden hat, was die Wissenschaft nunmehr bestätigt.

Die Verfassungsfeier.

Das Programm der am Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 9. August, in Berlin stattfindenden und vom Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstalteten Verfassungsfeier liegt nun vor und läßt in seiner Gesamtheit erkennen, daß die Veranstaltung eine der großartigsten republikanischen Demonstrationen zu werden verspricht, die nicht nur Berlin sondern Deutschland bisher gesehen hat. Es sind drei Hauptphasen der Gesamtveranstaltung zu unterscheiden: 1. Begrüßung aller auswärtigen Kameraden und deren Angehörigen im Gesamtablissiment des Ullap im Landesausstellungspark am Sonnabend, den 8. August, nachmittags 3 Uhr; 2. der große Festzug auf der Trepptower Festwiese am Sonntag, den 9. August, nachmittags 2 Uhr; 3. die großen Volksfeste in 12 Trepptower Lokalen am Sonntag nachmittags 4 Uhr. Wir lassen eine Anzahl Bekannmachungen und Mitteilungen der Reichsbannerleitung folgen, aus denen weiteres zu erfahren ist und die genauester Beachtung empfohlen werden.

Begrüßungsfeier im Ullap am Sonnabend.

Das Reichsbanner hat den gesamten Ullap für Sonnabend, den 8. August, zur Vorfeier des Verfassungs- und großdeutschen Tages gepachtet. Alle Attraktionen werden zu ermäßigten Preisen in Betrieb sein. Der Eintritt ist auch hier den Inhabern des Verfassungsabzeichens unentgeltlich gestattet. Außerdem wird ein wunderbares Feuerwerk abgebrannt werden. Im Ullap findet am Abend die Begrüßung der bis dahin eingetroffenen auswärtigen Kameraden, besonders der deutschösterreichischen Kameraden statt. Hier erfolgt auch die Ausgabe der Quartiere. Aus diesem Grunde ist der Ullap, Eingang Invalidenstr. auch die ganze Nacht hindurch geöffnet.

Verfassungsfeier auf der Spielwiese in Trepptom.

Nach dem Abschluß der in den einzelnen Stadtteilen Berlins am Vormittag stattfindenden Verfassungsfeiern marschieren Reichsbanner und Republikaner in geschlossenen Zügen nach der Spielwiese in Trepptom. Der Aufmarsch des Reichsbanners ist um 12 Uhr beendet. Um Punkt 2 Uhr beginnt der große Festzug auf der Trepptom Spielwiese. Die Einleitung gibt das Trommlerkorps der vereinigten Trommlerabteilung des Reichsbanners. Dann folgt der Reichsbannerchor, von sämtlichen Kapellen unter der Leitung von Dr. Felix Gänther gespielt. Professor Ferdinand Gregori spricht im Anschluß daran den von Fritz von Ullrich gedichteten „Prolog für den Verfassungstag 1925“. Darauf folgt ein Vortrag des großen Sprechchors unter der Leitung von Herrn Heinrich Witte, woran sich der Willkommensgruß durch den ersten Vorsitzenden Koch des Gaues Berlin-Brandenburg anschließt. Als Vertreter der Stadt Berlin wird darauf Bürgermeister Kohl Begrüßungsworte übermitteln. Dann hält der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Oberpräsident Höring, die Festrede über das Thema „Bekanntnis zur Republik“. Nach der Weihe der Fahnen, darunter das Gaubanner, wird ein Massenchor von 2500 Sängern unter der Leitung von Herrn Thilo „Ach warte dein“ und „Lob Folsen“ singen. Sämtliche Musikkorps spielen dann das Deutschlandlied, dessen dritter Vers von allen Festteilnehmern mitgesungen wird. Um die Sprecher auch bis auf den letzten Pfah der 40 000 Quadratmeter großen Festwiese verständlich zu machen, sind von der Firma F. Huth drei große Lautsprecher aufgestellt.

Verfassungsfeier im Spandauer Bod.

Für die Republikaner Charlottenburgs und Spandaus findet eine große Verfassungsfeier, die in keinen Punkten der Gesamtfeier in Trepptom nachsteht, in den Gesamtanlagen des Spandauer Bod statt. Die Reichsbannerkameraden Spandaus und Charlottenburgs mit ihren auswärtigen Gästen nehmen mittags wie alle anderen Republikaner an der Hauptfeier in Trepptom teil. Die Feier in den Anlagen des Spandauer Bod beginnt nachmittags 4 Uhr. Neben Belagungs- und Konzertvorträgen findet am Abend ein riesiges Feuerwerk statt. Zum Eintritt berechtigt auch hier wie bei allen anderen Veranstaltungen das überaus für 1 M. erhältliche Verfassungstagsabzeichen.

Fahnen heraus zur Verfassungsfeier!

Der Tag der Verfassungsfeier ist der Festtag des deutschen Volkes. Das muß auch äußerlich im Stadtbild Berlins zum Ausdruck kommen. Die Freiheitsfahnen, die am Sonnabend und Sonntag durch die Straßen Berlins getragen werden, müssen überall begrüßt werden von den Häusern und Fenstern der Straße herab durch Schwarz-Rot-Gold. Fahnen sind, soweit sie nicht in den einschlägigen Geschäften und Warenhäusern zu haben sind, beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Sebastianstraße 37/38, zu so billigen Preisen ausreichend vorhanden, daß auch der einfachste Republikaner sich in den Besitz einer republikanischen Fahne setzen kann.

Ein Rekordtag der Einbrecher.

Es ist immer eine wiederkehrende Tatsache, daß in der Reisezeit Hochkonjunktur für die Junst der Langfinger herrscht. Daß diesen Gewerbetreibenden besonderer Art ihr abenteuerliches Handwerk von den Wohnungsinhabern oft genug besonders leicht gemacht wird, beweist die hohe Anzahl der Einbrüche und die geradezu leichtsinnige Sorglosigkeit, mit der die Verreisenden ihr Heim verlassen. In der Wohnung eines Bankiers in der Warburger Straße hatten Einbrecher besonders leichte Arbeit. Sämtliche Tresore waren heruntergelassen, das erste Zeichen, daß niemand zu Hause war. Am Dienstanachmittag stützten sie dann der Wohnung nach Durchbrechen der Hintertür ihren Besuch ab. Die Beute der Einbrecher betrug nach vorläufiger Schätzung etwa 250 000 M. Es fielen ihnen u. a. ein goldenes Zigarettenetui, eine Halskette mit 134 echten Perlen und Platinbrillanten, ein silbernes Besteck und eine Anzahl alte 20-Mark-Stücke in die Hände. — In einer Villa in der Beerstraße in Zehlendorf erbeuteten Einbrecher für 120 000 M. silberne Besteck mit Monogrammen. Außerdem nahmen sie Schmuckstücke und eine Perlerbrücke mit. Einige Häuser davon entfernt erbeutete eine andere Kolonne in der Wohnung eines Kaufmanns Sachen im Werte von 5000 M., darunter mehrere wertvolle Pfeif- und Goetz-Fernrohre, 3 (drei) Wachhunde, die auf dem Grundstück „wachten“, hatten nichts gemerkt.

Weiter erbeutete eine Einbrecherbande in einer Villa in der Campenhausenstraße in Zehlendorf ein Gemälde, das kunstgerecht herausgeschnitten war. In allen Fällen arbeiteten die Eindringlinge ungehindert.

Tötung auf ausdrückliches Verlangen.

Eine erschütternde Familientragödie.

Eine Familientragödie entrollte die Verhandlung gegen den Hausdiener Eugen K., der sich vor dem Schöffengericht Mitte wegen Tötung seiner Ehefrau auf deren Verlangen zu verantworten hatte. Der 60jährige Angeklagte lebte mit seiner Ehefrau in ungetrübter Ehe und in guten Verhältnissen. Ein langes Siechtum der Frau brachte ihn wirtschaftlich herunter. Es fehlte bald im Haushalt am Notwendigsten, da die Medikamente alles verschlangen. K. wurde zur Verzweiflung getrieben, als es sich herausstellte, daß die Frau sich ohne sein Wissen an ihm anvertrauten Geschäftsgeldern vergriffen hatte. Die Frau, die mit dem Leben abgeschlossen hatte, wußte den welchen Charakter des Angeklagten so zu beeinflussen, daß er sich bereit fand, mit ihr zusammen aus dem Leben zu scheiden. „Erst erschießt du mich und dann dich selbst“, so stützte sie ihm ein. Er kaufte einen Revolver und gab zuerst drei Schüsse auf seine Frau ab und dann drei auf sich. Die Frau war sofort tot, aber er wurde wieder ins Leben zurückgerufen und gebittet, obwohl noch zwei Schüsse in der Brust stecken. Der Angeklagte war vollkommen gebrochen und bedauerte, laut jammernd, daß er nicht auch gestorben sei. Ihm wurden von seinem Chef die besten Zeugnisse ausgestellt. Er ist lange Jahre in dem Geschäft tätig gewesen und war stets ein solider, fleißiger Mann, der sich allgemeiner Sympathien erfreute. Amtsgerichtsrat Rehner erkannte auf die niedrigste vom Gesetz festgesetzte Strafe für eine Tötung auf ausdrückliches Verlangen von drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte, dem auch das Gericht weiteste Sympathie entgegenbrachte, wurde auf freiem Fuß gelassen.

Heute abend Ruhfandungebung!

Heute, Donnerstag, abend um 8 Uhr findet die angeforderte Ruhfandungebung der Republikaner Berlins auf dem Gendarmenmarkt statt. Für die Sozialdemokraten spricht der frühere preussische Staatsminister Lüdemann; für die Demokraten Reichsminister a. D. Erich Koch und für das Zentrum Reichsminister a. D. Marx. Die Republikaner Berlins wollen durch diese Kundgebung den Brüdern an der Ruhr öffentlich ihren Dank für treues Ausbleiben darbringen und gleichzeitig die Wichtigkeit der von den Republikanern von Rathenau bis Marx geführten Verhandlungspolitik darlegen.

Ein unschuldiger Hochstapler!

Nicht ungefährlich ist es, mehr scheinen zu wollen als man ist. Dem Kaiserer 2. wurde es beinahe zum Verhängnis, daß er einmal den vornehmen Mann gespielt hatte. In einen schweren Belagmantel gekleidet, den er sich geliehen hatte, stieg er als Herr Böhm in einem Hotel ab und bemerkte leise zum Empfangspersonal: „Groschmann aus Moskau!“ Bald sah er mit anderen Herren bei einer Flasche Wein im Klubstiel des luxuriösen eingerichteten Rauchzimmers und verhandelte großzügig über die Ausbeutungsmöglichkeiten der Erzgruben des Uralgebirges. Dann ging er nach Hause und gab den geborgten Belagmantel wieder ab. Sein Auftreten hatte aber bei den anderen Herren Verdacht erregt und die Polizei nahm ihn kurz darauf fest. In der Folge davon kam es nunmehr zur Gerichtsverhandlung wegen angeblichen Betruges; das Gericht sprach ihn aber nach langem Hin und Her schließlich frei, weil er ein „Hochstapler“, aber kein „Beträger“ sei!

Hohenzollernrepp.

Man schreibt uns:

Sich weckte in der Zeit vom 11. bis 20. Juli am Schwänensee bei Oderlin im Unterspreevald. Ein Berliner hatte mit seinen beiden Kindern am See ein Zelt aufgeschlagen. Eines Tages erschien der Förster und erklärte, daß von jetzt ab für das Zeltaufschlagen eine Gebühr erhoben würde und zwar für je 3 Tage zwei Reichsmark. Der Zeltbesitzer wies nun einen Zeitschreiber der Oberförsterei Ortner (Reg.-Bez. Frankfurt a. Oder) vor. Er erhielt die Antwort, daß die Forsten hier nicht staatlich sind, sondern — zum „Hofammergut“ gehören. Also hohenzollernreppentum. Was blieb dem Mann übrig, er mußte hiechen. Vor diesem Zwischenfall sind wir an jenem See noch nie behelligt worden. Man scheint jetzt erst auf den Geschmack zu kommen.

In den staatlichen Forsten wird eine Zeltgebühr von 2 Reichsmark für das ganze Jahr erhoben. Hier in der Forst unseres ehemaligen „Landesvaters“ treibt man ausgesprochen Repp. Das ist zwar nichts Neues von diesen erlauchten Herrschaften, aber sollte es in der Republik nicht möglich sein, diesen Volksbeglückern etwas auf die Finger zu klopfen?

Das ist leider schwer zu machen, da Privatforstbesitzer ganz beliebige Gebühren nicht nur für das Aufstellen von Zelten, sondern auch für Holz-, Streu- und Beeren sammeln erheben können. Da wirkt am besten Selbsthilfe, indem man an der Hand guter Karten feststellt, auf wessen Gelände man rasten will und so vermeidet, daß „Hofammerbeamte“ Gebühren kassieren können.

Schüler als Lebensretter.

Am Mittwoch vormittag sprang die 23 Jahre alte Arbeiterin Elisabeth D. aus der Kirchbachstraße in Neudöhlen am Havel in den Wannsee. Zwei dort zufällig vorbeigehende Schüler sprangen ihr nach, und es gelang ihnen mit vereinten Kräften, die bereits Verannungslos wieder ans Ufer zu bringen. Die Unglückliche fand im Sanatorium „Waldfrieden“ in Zehlendorf Aufnahme.

Feuer in einem Lagerraum.

Ein gefährlicher Brand entstand am Mittwoch vormittag in einem Lagerraum im 2. Stock des Hauses Wilschstr. 11, am Schiffbauerdamm. Als die 4. Kompanie dort ankam, schlugen die Flammen schon hell aus allen Fenstern heraus. Wegen der großen Gefahr für die angrenzenden Räume und die oberen Geschosse wurden noch zwei Büge der 1. Kompanie nachgeholt und gleich mit mehreren Schlauchleitungen über die

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 6. August.

6.30 Uhr vorm.: Leibesübungen nach Kommandos mit Musikbegleitung. 5—8.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufmann. 1. Molnits: Rundfunkklänge, Marsch. — 2. Thomas: Ouvertüre zu „Raymond“. — 3. Strauß: Nephisto-Walzer. — 4. Rich. Strauß: Suite in vier Sätzen aus der Oper „Der Rosenkavalier“. — 5. Leuschner: Paraphrase über Giordanis Lied „Caro mio ben“. — 6. Siede: Im schönen Lenz, Ständchen. — 7. Diekens: Anita Boston. — 8. Morena: Extravaganza, Potpourri. 7 Uhr abends: Rechtsanwält Dr. Hain: Die Enteignungsbestrebungen gegen Inflationsgrundbesitzer und ihre Gefahren für die allgemeine Rechtsarbeit. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Ingenieur O. Kappelmeyer: Fernsehen. 8.30 Uhr abends: 6 Kammermusikabende des Roth-Quartetts in chronologischer Reihenfolge (Roth — Stromfeld — Spitz — Lutz). Seeharzenabend. 1. Maurice Ravel: Streichquartett F-Dur — Allegro moderato — Adieu vi — Très lent — Vif et agité. 2. Kurt Weill: Streichquartett Nr. 1 op. 8, Introduction — Scherzo — Choral fantasia. 3. Francesco Malipiero: „Rispetti e Strambotti“ (Ständchen und Liebeslieder) für Streichquartett, Coolidge-Preis 1921. 10 Uhr abends: Heftigste der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

vollständig verqualmten Treppen und mechanischen Leitern kräftig gelöscht. Es gelang schließlich, die Flammen auf das Obergebäude und die Lagerräume der Firma Braun u. Co. zu beschränken. Mehrere Räume mit Chemikalien, medizinischen Stoffen aller Art sind ausgebrannt. Die Feuerwehre hatte längere Zeit mit der Beseitigung zu tun. Der Schaden ist ganz erheblich. Die Entschädigung wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt.

Der Allgemeine Bündenverein A. B. Berlin lädt zu seinem am 8. August im Viktoriapark in Glienickerpark stattfindenden Sommerfest ein. Beginn 5 Uhr. Eintrittspreis: 0,50 M. Gartenfongert, Rastelosen, drei Kuchen, Gaben-Letterie. Im Saale Wiener Schrammeltrio, Forderung der Besichtigung, Regalationen, Tanz. Bei ungünstiger Witterung findet die Veranstaltung im Saale statt.

Ein öffentlicher Konzert veranstaltet der Männergesangsverein „Kamellos“ am Freitag, den 7. August, 7 1/2 Uhr im Friedrichshain am großen Sandberg.

Ein unglücklicher Reichswehrschütze. Durch einen unglücklichen Zufall wurde Mittwoch vormittag beim Bistolenschießen auf dem Schießstande der Unterfeldwebel Strögh von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments 6 durch einen Feldwebel so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Lazarett verstarb.

Für 700 000 Frank Juwelen gestohlen. Im belebtesten Teil der Stadt Zürich wurde am hellen Tage — während der Mittagspause — ein Einbruchsdiebstahl begangen, bei dem Juwelen und Bijouterien im Gesamtwerte von 700 000 Frank erbeutet wurden, u. a.: Ein Perlenkoller mit 113 Perlen zu 63 000 Frank, ein Perlenkoller mit 107 Perlen zu 52 000 Frank, ein Perlenkoller mit 42 Perlen zu 13 000 Frank, ein Perlenkoller zu 22 000 Frank, ein Etui mit sieben Platinringen, Smaragden und Brillanten zu 37 000 Frank.

Arbeitersport.

Fußball-Tournee in Stralen.

Am Dienstag fanden sich auf dem Stralensportplatz Teutonia 09 und Hertha 22 im dritten Vorrundenspiel gegenüber. Was man hier an technischen Einzelheiten und gutem Zusammenspiel zu sehen bekam, war heroorragend. Den jährlich erscheinenden Zuschauern wurde ein Spiel vorgeführt, das wirklich dazu angetan war, der Arbeiter-Fußballbewegung neue Anhänger zuzuführen. Beim Anstoß hatte Hertha nur 10 Mann zur Stelle. Teutonia versuchte aus dieser Schwäche Nutzen zu schlagen, konnte aber an der sicher arbeitenden Verteidigung Herthas nichts erreichen. Nach 10 Minuten dervoollständig sich Hertha und verlegte das Spiel in die Hälfte des Gegners. Trotz guten Zuspiels ist es ihnen aber nicht vergönnt, einen Erfolg zu erringen, da auch die Hintermannschaft Teutonias auf der Hut ist. Erst in der 26. Minute kam H. durch einen Prachtschuss in Führung. Teutonia versucht nun mit aller Macht den Ausgleich herbeizuführen, aber verfallt in den alten Fehler, mit dem Ball bis ins Tor zu spielen. So bleibt es bis zur Pause. Nach der Halbzeit wird Hertha fast vollständig in seine Hälfte zurückgebrängt. Schuß auf Schuß erfolgt auf das Herthator. Der Torwart weiß aber alle noch so scharfen Schüsse zu meistern, wofür er reiches Beifall auch von den Teutoniaanhängern erntet. In der 65. Minute kommt aber doch das Verhängnis. Der Rechtsaußen Teutonias gibt den Ball nach zur Mitte. Halblinks läuft vorbei und der linke Flügel Herthas setzt den Ball scharf in das eigene Tor, somit Teutonia zu einem billigen, aber verdienten Tor verhelfend. Alle Anstrengungen beider Mannschaften, noch einen Erfolg zu erringen, scheitern an der sicher arbeitenden Hintermannschaft. Bei Schluß der regulären Spielzeit steht das Spiel unentschieden 1:1. Es wird deshalb zweimal 15 Minuten verlängert. Aber schon nach der ersten Verlängerung muß das Spiel wegen der hereinbrechenden Dunkelheit abgebrochen werden. Da ein Sieger festgestellt werden muß, findet am Dienstag, den 11. August, die Fortsetzung des Spieles statt.

Auf dem Sportplatz in der Gohlfeldstraße haben sich am Donnerstag Vormittag 30 und Freik-Frei, Niederbarnums, im 4. Vorrundenspiel gegenüber. Beginn des Spieles um 6 Uhr. Auch hier kann es leicht zu einer Verlängerung kommen, zu einer Wiederholung kommen. Beide Vereine verfügen über eine einflussreiche Mannschaft.

Beste Resultate vom Sonntag: Brandenburg 09 gegen Neudöhlen-Beiz 4:2; Freik-Frei 2 gegen Genua 1:1; Freik-Frei Jugend gegen Rothfels 4:1; Stralen-Schüler gegen Trepptom 3:0.

Preis-Kaufmann Berlin, a. B. (Mitgl. d. V.T. u. Co.-B.). Eigenes Bootshaus in Köpenick an der Dahlemer Bucht leben Freitag nach dem 1. und 15. jeden Monats im Vereinsklub Boot-Klause, Neudöhlen, Werderstr. 14, abends 8 1/2 Uhr. Persönlich Aufnahme neuer Mitglieder. Anschriften und Geschäftsstelle: Rich. Köhler, Berlin SO. 36, Oranienstr. 36.

Schüler-Kabarettverein Groß-Berlin. Am 8. August, feiert 5 Uhr. Glimmer-Klause, Restaurant Heller: 1 Uhr Glimmer-Klause, Alte Fischerstraße.

Berliner Schwimmsportverein „Freiheit“. Am Freitag, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel von Heibel, Schönhauser Allee 156. Einsehen aller Mitglieder ist Pflicht, da eine reichhaltige Logenordnung zu erwarten ist. Die Lebenskurven des Vereins finden regelmäßig Mannings und Turnings, abends von 7 bis 9 Uhr, in der Vellschönheit Oberbarnum Straße statt.

Arbeiter-Turn- und Sportklub 1. Kreis, 1. Bezirk, Connton, den 8. August, Bezirksportfest im Stadion Nützenberg, Herderstraße. Beginn nachmittags 1 1/2 Uhr. Massenfeiern, sportliche Wettkämpfe, Gedächtnisreden, Fußballspiel Nützenberg gegen Spandau, Hamb.-Raub- und Trommelklub. Der Festzug heißt ab um 12 Uhr in der Gohlfeldstraße am Bahnhof Stralensdorf Allee auf. Abmarsch 1/2 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Schwermetallische Rohstoffe aus schwebenden Stoffen, Metallischen und Papierfabriken sind bei den Berliner Johannstraße 11/12 u. Co., S. 14, Preis-Verzeichnis 1-8, zu äußerst billigen Preisen zu haben. Rühreres siehe Anzeige in vorliegender Nummer.

Ganz außer Gefahr

ist Ihr Eingemachtes, denn ein Verderben durch Schimmel oder Gärung ist ausgeschlossen, wenn Sie

Dr. Oetker's Einnache-Hülfe

gebrauchen. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einnache-Hülfe genügt, um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelees, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. Oetker's Einnache-Rezepte erhalten Sie ebenso wie die beliebten Oetker-Bäckrezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Nischni-Tagil.

Von Max Barthel.

Der Reisende kam mitten im Winter fieberkrank in Nischni-Tagil an. Seine Freunde fuhren nach Sibirien weiter, nur Johanna, ein junges Mädchen aus Berlin, blieb bei ihm. In Selteneburg spürte Hellmut, so wollen wir den jungen Mann nennen, die ersten Fieberanfälle des Fiebers, aber erst auf der nächtlichen Fahrt nach der kleinen Uralsstadt Nischni-Tagil kam der heisse Blutüberfall des Fiebers und jagte in hohen Kurven durch seinen Leib.

Ueber zwei Wochen schwebte der Kranke zwischen Tod und Leben. Fieber verwirrte sein Herz. Der tote Jar erschien in seinen Träumen. Luftstände tobten durch seine Gefühle. Die Welt war ein rasender Kreislauf und tanzte zwischen seinen Augen. Als die Fieberturme sank und Hellmut auf wunderschönen Schlittensfahrten durch schweigende Wälder und verschneite Wege endlich gesundete und auch Johannas Wangen sich von den schrecklichen Nachtwachen erholten und langsam röteten, da enthüllte sich für Hellmut, den der Zufall an diesen Strand geworfen hatte, das Gesicht der kleinen Stadt im Ural. Und bald erkannte er, daß auch hier Welt war, Schicksal, Liebe, Haß und große Freundschaft.

Tagil soll auf Koreanisch „Großes Glück“ heißen. Das wußte Hellmut noch von Tschu-So-Wang, dem koreanischen Reiseführer, der einmüde, als er gegen die japanischen Bedrücker seiner Heimat sprach, ein weißes Seidentuch zerfetzte und mit fanatischem Gesicht ausrief:

„So werden wir einst in Korea die japanischen Herren zerretzen!“

Großes Glück. Ja, durch diese Stadt ging auch das Glück. Platin wurde gefunden und auch ein wenig Gold. Aber in diesem Winter, als Hellmut mit Johanna in Tagil war, gab es sehr wenig Glück. Das Adelskapital, in dessen Händen die Gruben lagen, war schon im Krieg zusammengebrochen. Und jetzt war Revolution und Bürgerkrieg. Aber die Stadt lebte doch, sie fuhrte auf guter Erde, und in der Erde lagerte das andere Metall, wichtiger als Gold und Platin, lagerte in mächtigen Bergen und Wäldern das Eisen.

Die Erzgrube war ein mächtiger Krater in verschneiter Landschaft. Die Wege zu ihm waren rot vom Rost des verlorenen Gesteines, das auf kleinen Holzschlitten zu den Hochöfen transportiert wurde. Die Schmelztechnik aber war noch so primitiv, daß die sechs Prozent Puzer, die man im Eisen fand, nicht verwertet wurden. Auch die Mine war noch ganz unerforscht und kein Mensch wußte, wieviel hunderttausend Tonnen Eisen in ihr lagerten.

Hellmut besuchte mit Johanna diese Grube und sah auch den großen Pendelschwung der Ausbeute, die Fieberturme der Produktion, und als er die Statistiken durchsah, ahnte er plötzlich ganz blutvolles Leben in dünnen Zahlen und Ziffern. Hellmut entdeckte zum erstenmal, daß es keine toten Dinge auf der Erde gibt, erkannte, daß alles seine eigenen und oft nur einmüde Geleise und Formen hat, sei es nun Erde, Erz, Kristall, Pflanze oder Tier.

Der Wohlstand dieser kleinen Stadt war in der Mühle des Bürgerkrieges zermahlen, und man sah ihr blatternarbiges Gesicht, sah Holzhäuser mit geschneizten Fassaden, kleine Gärten, breite Straßen und riesenhafte Plätze, viel zu groß für die Stadt, man sah aber auch die verwitterten und kleinen sibirischen Pferde, verkümmerte Kühe und schwarze Ziegen. Frauen kamen vom versteinerten Fluß und beugten sich in das Loch der Wasserträger. An aufgetriebenen Eisblöcken wuschelten sie jetzt im Winter die Wäsche. Das war die Stadt Nischni-Tagil, eine Stadt unter anderen Städten im weiten Rußland. Der Bürgerkrieg hatte vieles gelähmt, aber die „Gesellschaft Gottes“, eine sonderbare Sekte religiöser Schwärmer, fünfzig Köpfe stark, lebte immer noch. So war diese Stadt auch: von hundert Leuten konnten nur dreißig lesen und schreiben, und doch hatten Hellmut und Johanna hier das rührendste aller rührenden Denkmäler in Rußland gesehen: die Statue der Freiheit steht auf erhobenem Sockel und leuchtet mit einer elektrischen Lampe in die Nacht.

Der Führer und Nachthaber dieser Stadt hieß Wolkow. Das ist ein Roman für sich. 1906 wurde Wolkow als Politischer zu lebenslänglicher Verbannung nach Sibirien verurteilt. 1912 erst gelang ihm die Flucht. Er lebt bis zur Revolution in der Ukraine, im Ural, in Tambow und Moskau und wurde von dort nach dem schwarzen Ural geschickt. Die früheren Herren von Nischni-Tagil waren die Dimitrows.

Hellmut und Johanna enträtselten viel in dieser kleinen Stadt. Sie kamen auch dem Chefarzt des Krankenhauses etwas näher. Dieser Arzt, er hieß Komosoff, war früher einmal ein berühmter Doktor in Moskau gewesen und hatte in Berlin und Paris studiert. Jetzt war er zur Zwangsarbeit in den Ural geschickt worden. Er war auch mit dem letzten Dimitrow gut bekannt. Seine Zwangsarbeit bestand darin, daß er in Nischni-Tagil der unbeschränkte Herr über ein Krankenhaus mit monatlich sechstausend Durchgängigen war. Obwohl er lieber heute wie morgen abreisen wollte: er tat seine Pflicht, operierte, verband, kämpfte mit dem Zentrum um Medizin und ärztliche Instrumente und blieb bei seinen Kranken, trotzdem ihn die Stadt Perm eine Professur angeboten hatte. Einmal sprach er auch mit Hellmut darüber.

„Nein, Herr, ich bleibe hier,“ sagte er, „es kann ja nicht ewig sein. Einmal werde ich schon nach Moskau zurückkommen.“

„Ja, Moskau ist größer als Nischni-Tagil,“ sagte Hellmut. „Da haben Sie ja auch mehr Wohllichkeiten... Aber sagen Sie mir, bitte, was ist das für ein Mensch, den Sie da an der Wand hängen haben?“

„Ach,“ antwortete Komosoff leichtglühend, „das ist eine Lokalgröße. Das ist der letzte Dimitrow.“

„Erzählen Sie doch von den Dimitrows,“ bat Hellmut, der das Bild neugierig betrachtete und viel Hochmut darin zu lesen glaubte. „Dieser Mann interessiert mich. Er hat das Gesicht eines Emporkömmlings, der sich seiner Vergangenheit schämt.“

Komosoff lachte leise.

„Hören Sie,“ begann er dann mit dozirender Stimme. „Das ist eine echt russische Geschichte. Der erste Dimitrow war, wie Sie aus dem Bild sehr gut gesehen haben, ein Arbeiter, ein ganz gewöhnlicher Schmied. Er tauchte unter Peter dem Großen auf. Was das für ein Titan war, wissen Sie, der damalige Lenin, wenn ich es so nennen darf. Der Schmied Dimitrow und der Kaiser Peter wurden, ich weiß nicht wieso, Freunde. Dimitrow mochte sich irgendwo nützlich gemacht haben und wurde zur Belohnung in den Ural geschickt. Der Ural war damals noch mehr Widnis als jetzt. Nun gut. Unser Schmied kommt nach Nischni-Tagil, setzt sich fest und begründet die Herrschaft seiner Familie. Das war in der grauen Zeit, als man sich noch Menschen kaufen konnte wie heute Gold-

Durchpeitschung.



„Ich muß meine Ernte in die Scheuer bringen, bevor das Gewitter des Volkszorns losbricht.“

erdbeeren. Leibeigene. Sie wissen ja. Unser Schmied kaufte sich also Leibeigene und fand die Erzgrube, die Sie ja auch besucht haben. Das war seine Goldgrube. Unerkämpflich, sage ich Ihnen. Unsere Ingenieure wissen heute noch nicht, wieviel hunderttausend Tonnen dort schlummern. Straßen wurden gebaut. Viel viel später kam die Eisenbahn. In das Licht der Geschichte aber, wie ein bekannter Schriftsteller so schön sagt, traten die Dimitrows erst im Jahre 1850, als einer von ihnen in Italien eine Maria Buonaparte heiratete, durch sein Geld im Süden geabelt und später in Rußland in den Fürstenstand erhoben wurde. Das war bis jetzt eine russische Geschichte, aber nun kommt Weltgeschichte... „Weltgeschichte?“ fragte Hellmut. „Weltgeschichte in Nischni-Tagil?“

„Ja,“ sagte Komosoff und lächelte wieder. „Weltgeschichte, Herr. Der Fürst Dimitrow war es, der den Staatsstreich seines Vaters, des dritten Napoleon von Frankreich, finanzierte.“

„Das war der erste Fürst Dimitrow,“ sagte Hellmut nachdenklich und suchte den Ausgleich. „Aber wo ist der letzte Dimitrow? Der Mann mit dem kalten Gesicht.“

„In London. Er hat sein Vermögen gerettet,“ antwortete Komosoff. (Schluß folgt.)

Der schwarze Gast.

Von Ernst Schermer.

„Vom Turme hoch, da kam ich her,“ singt mein Klaas oben im Birnbaume des Nachbarn. Er hat nicht unrecht. Reulich habe ich gehört, wie er einem Spahen, der ihm sein in Milch gebacktes Weißbrot nicht gönnte, seine Erlebnisse erzählte. Eine schöne Geschichte! „Rimm nur ruhig, Spah, ich tu dir nichts. Das Zeug kriegt ich alle Tage. Es hängt mir schon zum Halse heraus. Die Menschen tun so, als wenn eine Dohle nur von quabbeliges Zeug frisst.“

„Aber du kannst dir doch etwas dazu suchen, da man dir gestattet, hier auf dem Hofe frei herumzulaufen.“

„hm. Viel ist hier aber nicht. Die Regenwürmer taugen nichts, sie haben alle einen merkwürdigen Beigeschmack. Käfer und Fliegen greife ich allerdings, aber...“

„Wie bist du denn eigentlich hierhergekommen?“

Darauf hatte Klaas gewartet. Aber er legte nicht gleich nach Spahenart los, sondern puzte erst umständlich sein Gefieder, streich seinen Schnabel am Erdboden ab und sprach dann würdevoll wie ein Alter: „Oben auf dem einen Domturme, wo in der Verzierung die Löcher sind, — du warst wohl noch nicht da oben — bin ich zur Welt gekommen. Eines guten Tages sah ich einen unangenehmen Lichtschein. Die Augen schmerzten mir noch, wenn ich daran denke. Die Eierchale zerbrach. Ich lag in einem Neste mit drei Geschwistern. Meine Mutter trug uns den ganzen Tag über Nahrung zu, hin und wieder auch mein Vater. Ach, was das sein, als die Federn immer länger wurden! Da mochte ich es gar nicht mehr haben, wenn Mutter uns wärmen wollte. Eines Tages lockte die Sonne mich. Ich hüpfte zum Loche und guckte zum ersten Male hinaus. Wie weit war die Welt! Wie schön! — Und dann sahen wir alle vier in der Deffnung und auf einem Vorsprung des Mauerswerks und schlugen mit den Flügeln. Da kam die Mutter mit Lederbissen. Nie reichten sie für alle. Immer hatten wir Hunger und freuten uns, wenn wir sie heransiegen sahen. Fliegen, Fliegen... Das war unsere einzige Sehnsucht. Und hoch, hoch über den Turmspitzen schweben wie die Turmfalken, die wir jeden Tag freifen sahen.“

„Hinaus in die Welt,“ hieß es eines Morgens. Wir flogen los. Abwärts ging es. Ich landete auf dem Dachreiter und sah mich nach meinen Geschwistern um. Sie waren fort. Kein, dort schrie eins. Ich antwortete. Bald darauf kam Jochen, unser Jüngster, auf dem Grate des Daches angehoppelt und schrie: „Die beiden andern sind runtergefallen!“ Ich lachte: „Bogel, wie kannst du so etwas glauben, eine Dohle fällt nie.“ — Da kamen die Eltern, fütterten uns und erzählten, daß die Geschwister drüben in der Linde lägen. Ob wir nicht auch dorthin wollten. Ich hatte aber zuerst genug und hüpfte auf dem Dache hin und her. Die Nacht über blieb ich mit Jochen im Dachreiter, denn zum Turme hinauf konnten wir trotz aller Versuche nicht wieder kommen.“

Morgens ging es weiter. Da wir Hunger hatten, oben auf dem Dache aber nichts zu finden war, und die Eltern trotz unseres Schreiens nicht kamen, flogen wir zur Erde. Da fanden wir Würmer, Schnecken, Käfer und allerlei anderes Krabbelzeug. Rühlich kamen ein paar Jungs angelauten. — „Na, Spah, du kennst diese Sorte! — Als sie uns gewahr wurden, schrien sie wie toll: „Ein Klaas, ein Klaas!“ — Wir versuchten aufzufliegen, aber die Angst ließ uns nicht hochkommen. Ich flog gegen eine Mauer, taumelte und stürzte, und schon hatten mich derbe Hände gepackt. — Ich war gefangen. O wie schrie die Bande! — Den Jochen hatten sie auch. Ein Bengel lief mit ihm fort. Ich habe ihn nie wieder gesehen.“

Mich brachten sie in ein großes Haus hinein, wo ein Unmenge schlechte Luft, Börm und Rinder drin waren. War das ein Standaal, als sie mich dort losließen. Ueber die Tische ging die Bande. Ich wollte aus dem Fenster, da kriegte ein Knirps mich beim Schwanz. Bogel, tat das weh! — Dann setzte er mich in eine hohe Kiste, in der viel Papier lag. Auch etwas Brot. Aber ich hatte keinen Appetit. Auf einmal wurde es ganz still. Ein Mann war ins Zimmer getreten. „Guten Morgen,“ sagte er. — „Wir haben einen Klaas,“ war die Antwort.

Der Mensch kam, holte mich heraus und lachte: „Ja, ja, so einen hab' ich früher auch einmal gehabt!“ — Und dann erzählte er den Kindern eine Geschichte von seinem Klaas. Darauf berichtete er von den Dohlen allerlei Zeug. Aber er hatte keine Ahnung davon, wie es oben bei uns im Turm gewesen war. Woher sollte er das auch wissen, er hatte doch nicht mit uns im Neste gefressen.“

Nach der Schule nahm mich ein Junge mit hierher. Er sperrte mich in eine Holzbox ein. Da hab' ich ihm aber gezeigt, daß ich mir das nicht gefallen lasse. Ich bin doch kein... Gegen das Gitter habe ich getobt, bis sie mich herausließen. Da sagte der Vater des Jungen: „Wir lassen ihn frei auf dem Hofe. Die Flügel können gestutzt werden.“

Na, und da haben sie mir einfach die Schwanzfedern abgeschnitten. Und nun kann ich hier spazieren gehen, statt herumzufliegen. Weißt du, Spah, die Menschen sind eine gefährliche Bande. Sie haben keine Flügel und versuchen auf alle mögliche Weise hochzukommen. Und uns, die wir doch zum Fliegen da sind, schneiden sie die Flügel. Und das nennen sie Vernunft!“

Aber das sag' ich dir, lange bleibe ich nicht mehr hier. Meine Federn wachsen schon. Paf mal auf, nächstens...“

Er klüfferte so leise, daß ich nichts mehr verstand. Die Geschichte wurde mir unheimlich. Ich rief „Klaas.“

„Dart“ war die Antwort. Dann kam er eifertig, denn er wußte, wenn ich ihn rief, gab es Lederbissen.

Deshalb glaube ich auch noch nicht daran, daß er fortfliegen wird. Er wird renommieren haben. Andere tun es auch.“

Ameisen als Feinde des Menschen. Die Ameise genießt einen sehr guten Ruf nicht nur wegen der vielen sozialen Tugenden, die man ihr zuschreibt, sondern auch wegen ihrer angeblichen Harmlosigkeit. Dabei übersieht man, daß es Ameisenarten gibt, die zu höchst gefährlichen Feinden des Menschen werden können. In der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ wird auf solche Schädigungen durch Ameisen hingewiesen. So verursachen z. B. die Treiberameisen in Afrika und Amerika großen Schaden, wenn sie auf ihren Wanderungen in menschliche Behausungen eindringen. Nahen sie heran, so muß der Mensch flüchten mit allem, was er retten will, wenn er nicht bei lebendigem Leibe zertrüffelt werden will. Es gibt auch heimische Arten, wie die Gebirgsdohle *Myrmica rubida*, deren Biß höchst schmerzhaft ist; sie sticht so heftig wie eine Wespe. Die unangenehmsten Stecher aber unter den Ameisen sind in den Tropen. Der Reisende Schomburgk erzählt, wie er von einer Ameise der amerikanischen Art *Paraponera clacata* in den Daumen gestochen wurde und im ganzen Körper brennende und schneidende Schmerzen empfand. In den Baumwollfeldern von Texas lebt eine Art, bei deren Stich der Mensch ohnmächtig hinfällt. Das Ameisengift, das diese Tiere in den Körper bringen, ist ein Eiweißstoff, dessen Bestandteile man noch nicht kennt, der aber jedenfalls mit der bekannten Ameisensäure nichts zu tun hat. In jüngerer Zeit hat man auch bei uns beobachtet, daß Hausameisen gelegentlich, besonders in Krankenhäusern, in solchen Massen aufzutreten sind, daß sie zu einer schweren hygienischen Gefahr wurden. In Indien werden auch Pestbazillen von ihnen übertragen, indem sie pestkrante Ratten anfrassen. Bei uns fällt die weitverbreitete Rasenameise über Feite, Zucker und andere Nahrungsmittel her. Die ursprünglich aus Indien eingeschleppte Paraoameise, ein kleines bernsteinfarbenes Tier, siedelt sich in Häusern an, in deren Mauern sie ihre Nester legt, und es sind schon Häuser durch das massenhafte Auftreten dieser Tiere unbewohnbar geworden.

Die Steuergesetze in 2. Lesung angenommen.

Vor leeren Bänken. — Ab 1. April volle Friedensmiete — der Finanzausgleich.

Der sächsische Finanzminister Reinhold führte gestern im Reichstag unter dem Beifall der Linken aus, es sei erst neueren Datums, daß die jetzigen Regierungsparteien das Streben nach größerer finanzieller Selbstständigkeit als Schwereverbrechen betrachteten. Die Tatsache, daß das geradezu fanatisch reichstreu Sachsen in der vorliegenden Angelegenheit mit den übrigen Ländern zusammen vorgehe, sei schon der Beweis dafür, daß dieses Vorgehen nichts mit Partikularismus zu tun hat. Das Reich verfüge über genug Reserven, um den Ländern durch ein Eingehen auf ihren Kompromißvorschlag die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung der Realsteuern zu ersparen. Die Folge einer solchen Anspannung würde eine neue Preistreiberei und würden neue Lohn- und Gehaltserhöhungen sein. (Beifall links.)

Abg. Junke (Soz.) erklärt, seine Freunde wären Gegner des für später angekündigten Zuschlagsrechts der Länder und Gemeinden. Wenn jetzt das Zuschlagsrecht noch in der Vorlage fehlt, so sei das bei den Regierungsparteien der Mangel an Mut, das auszusprechen, was sie wollten.

Inzwischen haben fast alle Abgeordnete den Saal verlassen. Es sind nur noch Abgeordnete der Sozialdemokraten anwesend.

Abg. Ludwigs (Soz.) beantragt, die Sitzung nach dem Tiergarten zu verlegen, wo die Rechtsparteien sitzen, die die Gesetze machen.

Vizepräsident Bess rügt diese Ausdrucksweise. (Lärm bei den Soz.: Es ist aber so!)

Abg. Ludwigs (Soz.) wiederholt seinen Antrag auf Vertagung.

Vizepräsident Bess setzt die Abstimmung über diesen Antrag auf einige Minuten aus.

Als durch die Alarmvorrichtungen des Hauses eine erhebliche Zahl Abgeordneter der Rechten in den Saal gerufen sind, wird der Verlegungsantrag gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) Die Länder sind der überflüssigste Luxus, den der deutsche Staat sich leisten kann. Welcher Staat könnte sich nach einem verlorenen Kriege 19 nebeneinanderbestehende Regierungen leisten, die sich nur durch gegenseitiges Untenstehen beschäftigen können. Die lächerliche Kleinrentenerei müsse verschwinden. Den gegenwärtigen Finanzausgleich müßten die Kommunisten ablehnen.

Abg. Koch-Weber (Dem.) betont, interessant sei, daß die Rechtsparteien heute geschlossen für die Erzberger'sche Steuerreform eintreten. Der ganze Streit gehe nur darum, wie die Erzberger'sche Steuerreform zu handhaben sei. Sie solle jetzt in einem bürokratischen Sinne gehandhabt werden, der unerträglich sei. Es wird kaum einen Finanzminister der Länder geben, der so fahrlässig mit den Brantweinsteuern umgegangen wäre, wie das Reich. (Sehr richtig, links. Lärm bei den Abg. Hoch (Soz.): Nur aus Liebe zu den Großagrariern!)

Der Reichsfinanzminister hat es nicht für notwendig gehalten, auf Reden von Vertretern dreier großer deutscher Länder zu antworten.

So kann man auf die Dauer ein großes Volk nicht regieren. (Sehr gut, links.) Solange wir keine Regierungserklärung zu den Ausführungen der Länder erhalten, werden wir gegen die Vorlage stimmen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Geisels (Völk.) Das Stillschweigen der Regierungsparteien auch in dieser wichtigen Frage ist überaus bedauerlich. Die Zeitungen hätten leider auch diesmal recht, wenn sie den Rechtsparteien die Erfüllung von Wahlversprechungen vorwerfen. Das Kompromiß, wie es jetzt vorliegt, müßten die Völkischen ablehnen, und sie würden darüber namentliche Abstimmung beantragen.

In der Einzelberatung begründet Abg. Silberstein (Soz.) sozialdemokratische Anträge zur Mietzinssteuer. Er erinnert daran, daß die sozialdemokratische Fraktion im Ausschuss die Regierung angefragt hat, welche Einwirkung die Erhöhung der Hauszinssteuer auf 30 Proz. auf die Löhne in der Privatwirtschaft und in den öffentlichen Aufnehmungen, auf die Rentenbesitzer, auf die Wähler, auf die Preisentwicklung und die gesamte Handelspolitik haben würde. Die Antwort der Regierung läßt jede Klarheit vermissen. Sie hat zugegeben, daß die Erhöhung der Hauszinssteuer nicht ohne Einwirkung auf die Verhältnisse der Lohn- und Gehaltsempfänger sein würde. Große Gruppen der Arbeiter und Angestellten würden nicht in der Lage sein, die neue Last auf sich zu nehmen. Es sei Aufgabe der Gesamtwirtschaft, dieser Last die Rechnung zu tragen, oder es sei ebenso eine günstige Einwirkung auf das Wirtschaftsleben zu erwarten durch die Erweiterung des Wohnungsbaues infolge der Erhöhung der Hauszinssteuer. Diese Antwort ist so nichtig, daß durch sie keine Beruhigung bei den Millionen Mietern herbeigeführt werden kann. Die gesteigerten Ausgaben müssen durch Lohnserhöhungen ausgeglichen werden. Was wird aber den Arbeitern geantwortet, wenn sie eine Lohnserhöhung verlangen? Die Unternehmer sagen, daß sie keine höheren Löhne zahlen können, weil sie sonst konkurrenzunfähig sein würden. Es wird schwerer Rämpfe bedürfen, ehe einigermassen ein Ausgleich erzielt werden wird. (Sehr wahr bei den Soz.) Was aber werden die anderen Kreise der Bevölkerung tun, die sich nicht in derselben Weise zur Wehr setzen können? Was wird mit den alten Leuten geschehen, denen die Ersparnisse für ihr Alter weggenommen worden sind mit dem hilflos gemordenen Mittelstand, mit allen Schichten, die einen schweren Kampf um ihre Existenz führen müssen? Die Folge wird neue Not sein, eine neue Steigerung der Unkultur. Empört wirkt es, daß gerade diese Kreise zu den Lasten der Gemeinden herangezogen werden, während die Landwirtschaft auch in Zukunft davon freibleiben soll. Die Sozialdemokratie beantragt, daß die Länder und die Gemeinden im Zusammenhang mit der Regelung des Mietwesens von allen Gebäuden und Gebäudeteilen mindestens in Höhe von 20 Proz. der Friedensmiete eine Steuer erheben. Das Einkommen der Steuer ist zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Erhaltung des alten Wohnraums zu verwenden. Bis zu 10 Proz. des Steueraufkommens sind zu Mietzinszuschüssen für leistungsschwache und zahlungsunfähige Mieter zu verwenden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Nach einem weiteren Antrag soll die Miete höchstens 100 Proz. der Friedensmiete betragen dürfen, während sie nach der Ausschussvorlage vom 1. April 1925 ab mindestens 100 Proz. betragen soll. Ein neuer Antrag der Regierungsparteien will in der Bestimmung das Wort „mindestens“ streichen.

Abg. Dr. Hüls (Dem.) bezeichnet die Hauszinssteuer als eine Kopfsteuer, die jetzt noch nicht entbehrlich sei, aber es müßte im Gesetz der Zeitpunkt bestimmt werden, an dem die Hauszinssteuer aufgehoben werden muß.

Abg. Lipinski (Soz.) verlangt, daß mindestens 20 Proz. der Friedensmiete zur Förderung der Bauaktivität verwandt werden.

Abg. Schneider (Dem.) hält es angebracht, der Rotte der Länder für unannehmlich, daß für eine gewisse Zeit ein Bruchteil des Aufkommens der Hauszinssteuer auch für die allgemeinen

Finanzbedürfnisse der Länder verwandt werden muß. Zur Förderung der Bauaktivität müßten aber mindestens 20 Proz. der Friedensmiete aufgewandt werden.

Abg. Frau Schroeder (Soz.) setzt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der im Rahmen des Finanzausgleichs festsetzen will,

daß die Wochenhilfe wieder vom Reiche übernommen wird.

Abg. Tremmel (Ztr.) begründet hierzu den Änderungsantrag der Regierungsparteien, nach dem das Wort „mindestens“ zu streichen und den besonderen Verhältnissen kinderreicher Familien Rechnung zu tragen ist.

Abg. Seiffert (Völk.) lehnt die Hauszinssteuer ab.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Neubauer (Komm.) wendet sich Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) gegen den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Leistungen der Wochenfürsorge wieder vom Reiche übernommen werden sollen. Diese Frage müsse vielmehr durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, in dem im Sinne des sozialdemokratischen Antrages das Reich wieder zum Träger der Wochenfürsorge gemacht wird.

Abg. Lipinski (Soz.) weist Angriffe des Abg. Tremmel gegen die sozialdemokratische Fraktion zurück.

Abg. Ende (Wirtsch. Ver.) bekämpft die Hauszinssteuer.

Abg. Frau Schröder (Soz.) tritt den Ausführungen der Abg. Frau Dr. Bäumer entgegen und empfiehlt nochmals den sozialdemokratischen Antrag zur Wochenfürsorge.

Abg. Reil (Soz.):

„Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion habe ich zu erklären, daß ihr Verhalten bei der Abstimmung über die §§ 1 bis 3a als Stimmenthaltung zu betrachten ist. Die Fraktion hat in dem parlamentarischen Elbetteit dieser Tage nicht die Möglichkeit gehabt, zu den wechselnden Situationen, die sich aus den fortwährenden Verhandlungen hinter den Kulissen über die

Kreise der Länder am Ertrage von Reichsteuern ergeben haben, abschließend Stellung zu nehmen. Sie behält sich ihre endgültige Entschließung bis zur dritten Lesung vor.“

Nunmehr werden die Abstimmungen vorgenommen.

Zum Finanzausgleich

wird der Kompromißantrag Graf Westarp und Genossen (Regierungsparteien) betr. Garantierung von 2100 Millionen auf zwei Jahre für Länder und Gemeinden aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer angenommen. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt, es bleibt bei den Ausschlußbeschlüssen.

Zur Hauszinssteuer

liegen insgesamt 48 Änderungsanträge vor.

Angenommen wird davon nur der Antrag Tremmel (3.), wonach die Miete am 1. April 1926 100 Proz. der Friedensmiete betragen muß (das Wort „mindestens“ vor „hundert Prozent“ ist also gestrichen) und ein rein redaktioneller Antrag der Völkischen. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt, darunter auch in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 145 Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag betr. Änderung des Reichsmietengesetzes, wonach u. a. der dem Hausbesitzer nach Abzug der Steuern verbleibende Betrag bis 31. Dezember 1927 55 Proz. der Friedensmiete nicht überschreiten darf.

Auch Art. III wird nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Damit ist die zweite Lesung aller Steuergesetze beendet.

Um 9¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen wegen der aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten.

Für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Eichhorn tritt der Redakteur Karl Tiedt, Berlin-Pankow (Kommunistische Partei) in den Reichstag ein.

Deflation der Wirtschaft und die Banken

Die dritte der seit Jahresbeginn wieder aufgenommenen Kreditstatistiken der Reichsbank, die unter dem Namen der Zweimonatsbilanzen der Banken bekannt sind, bringt in der Erfassung der Banken, über die berichtet wird, wieder einige Veränderungen. Es wäre doch erwünscht, daß die Vergleichbarkeit der Ergebnisse durch größere Gleichmäßigkeit der erfassten Banken hergestellt wird.

Die Juni-Statistik ist nun besonders interessant durch die Rückschlüsse, die das nicht allzu auffällig veränderte Zahlenwert auf die Bankpolitik in der letzten Zeit zuläßt. Das Schicksal des Stinnes-Konzerns, das in der Wende der Berichtsmomente Mai-Juni abzurufen begann und den Banken offenbar einen tiefen Schrecken über die Unsolidität der überorganisierten Konzerns eingebracht hat, wurde für die Kreditpolitik der Banken zum Stichwort, die „Deflation der Wirtschaft“ nicht dieser allein zu überlassen, sondern sie durch die eigene Kreditpolitik nachdrücklich zu fördern. Es ist vielleicht noch in frischer Erinnerung, mit welcher Schärfe die Deutsche Bank in ihrem Wirtschaftsbericht vom Ende Juni von den „Inflationstendenzen“ abriet und den Abbau der industriellen Ueberorganisation als erwünscht hinstellte. Die Entwicklung der Industrieverhältnisse im rheinisch-westfälischen Montangebiet dürfte mit auf diese veränderte Stellung der Banken zu den Kreditwünschen der schweren Industrien zurückzuführen sein. Im Wirtschaftsbericht der Commerz- und Privatbank zum 1. August wird betont, es sei ein schwerer Irrtum, anzunehmen, daß die Umstellungen und Betriebsverbesserungen, denen die deutsche Wirtschaft zur Wiederherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit bedarf, schon zu Ende geführt waren. Der letzte Wirtschaftsbericht der Dresdner Bank fordert eine Zurückschraubung der Kreditanprüche zugunsten gründlichster Umstellung der Betriebe und führt die Konkurrenzunfähigkeit der Industrie direkt auf die mangelhafte Organisation der Produktion zurück. Insbesondere sei die niedrige Kaufkraft der Massen ein ernstes Hemmnis der Sparsamkeit und verschärfe mit der Abnahmefähigkeit auch die Kapitalkrise. In dem letzten Wirtschaftsbericht des enger mit der Fertigungsindustrie und dem Großhandel verbundenen Berliner Bankhauses Behr-Simon u. Co., dessen Wirtschaftsberichte durch ihre sorgfältige volkswirtschaftliche Durchdringung über den Durchschnitt der Wirtschaftsberichte der Banken herausragen, erscheint die Forderung der Deflation zum Programm erhoben.

Gegen unproduktive Kredite!

Diese Veränderung in der Politik der Kreditbanken muß man berücksichtigen, wenn man die eingetretenen Veränderungen im Zahlenbild der Zweimonatsbilanzen volkswirtschaftlich auswerten will. Leider werden die Verschleungen in der Kreditwirtschaft aus ihnen nicht erkennbar. Sie dürften auch bei der Entwicklung des Wechselportefolles eine Rolle gespielt haben. Die Wechselbestände der Berliner Großbanken vermehrten sich im Mai-Juni um nur 85 Mill. Mark, während sie im April-Mai um 127 Millionen angewachsen waren. Dabei ist anzunehmen, daß das Wechselgeschäft noch forciert wurde durch das Streben nach Diskontgewinnen und nach einer möglichst starken Flüssigkeit, das die Kassenbestände und Bankguthaben bei den Großbanken auf 776 Millionen Ende Juni gegenüber 752 Millionen Ende April hat steigen lassen, während Lombards und Warenportefolles von 485 auf 472 Millionen gesenkt wurden. Wenn nun der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Zentralausschuß der Reichsbank kürzlich feststellen konnte, daß auch die Wirtschaft der strengen Rationierung der Kredite immer mehr zusammenbricht, so ist das in erster Linie der Ausdruck der veränderten Kreditpolitik der Banken selbst, die sich von der fehlerhaften Politik der künstlichen Sättigung der Industrie mit unproduktiven Krediten endlich abwendet. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Wehre auch der Landwirtschaft gegenüber mit Nachdruck erfolgte. Das ist allerdings weniger Sache der privaten Kreditbanken, als der Staatsbehörden, der öffentlichen und der Landwirtschaftsbanken.

Überdies scheint es fraglich, ob die Politik der Kreditdeflation von den Banken entschieden genug und in der gebotenen Richtung durchgeführt wird. Bedeutet doch jede Kreditdeflation zunächst eine Einengung des heute hochrentablen Diskontgeschäfts und verschärft sie doch die Konkurrenz der Banken um die risikolosesten Geschäfte. Jedenfalls stimmt es bedenklich, daß auch aus den selbststen Kreisen der Fertigungsindustrie und des Handels, um deren Rentabilität es durchaus günstig, um deren Zahlungsfähigkeit es aber um so schlechter steht, die Klagen über Diskontverweigerungen und Kreditfurchungen eher zu als abnehmen. Die steigende Tendenz der Zinssätze läßt ebenfalls daran schließen, daß das Gewinninteresse der Banken die entscheidende Durchführung der Kreditdeflation, die nicht ohne gleichzeitigen Abbau der eigenen Ueberorganisation möglich ist, noch beeinträchtigt. Die Tatsache ist sehr beachtenswert, daß trotz steigender Umsätze der Fertigungsindustrie, die an sich deren Zahlungsfähigkeit

verbessern müßte, wenn ihre Wechsel ausreichend diskontiert würden, die Zahlungsziele sich in den letzten Monaten verdoppelt und verdreifacht haben und Zinsen von 12-15 Proz. jährlich berechnet werden. Das läßt darauf schließen, daß die Banken ihrer Hauptfunktion, der Umschlagsfinanzierung, noch lange nicht in dem erforderlichen Maße nachkommen und der Wechselbenutzung noch absolut nicht in der von der Konjunktur gebotenen Richtung genügen. Die Lösung fehlgeleiteter Kredite und ihre Ueberleitung in gesündere Anlagen scheint demnach erst im Uebergangsstadium sich zu befinden. Von hier aus fällt auch ein besonderes Licht auf die Entwicklung der Kreditoren bei den Privatbanken. Diese sind nämlich bei den 6 Großbanken Ende Juni nur um 184 gegen 372 Millionen Ende April vermehrt. Bei den 84 Kreditbanken zusammen nur um 200 gegen 406 Millionen. Nun sind bis Ende Juni wieder ziemlich erhebliche Auslandskredite ins Land gekommen. Die „sonstigen Kreditoren“ sind Ende Juni gegen Ende April um 70 Proz. gestiegen. Die Vermehrung hat sich auch hier verlangsamt. In dieser geringen Vermehrung der Depositen aus dem Inland dürfte ein Beweis dafür liegen, daß die insbesondere von den Großbanken vernachlässigte Fertigungsindustrie und der Handel stark zur Selbstfinanzierung übergegangen sind. Ein durchaus ungesunder, an Inflationismethoden erinnernder Zustand, der zwar die geringe Vermehrung der Depositen weniger bedenklich erscheinen läßt, aber doch darlegt, wie wenig die Banken der Erfüllung ihrer normalen Funktionen schon gewachsen sind. So gemüht man den Eindruck, daß die Banken die Deflation der Wirtschaft zwar zu fördern unternommen haben, daß sie aber noch weit davon entfernt sind, die Sanierung der deutschen Wirtschaft durch eine überlegene Leitung der Kreditpolitik auch zum Erfolge zu führen.

Auslandskredite und Kapitalbildung

Erfreulich ist eine andere Wirkung der neuen Bankpolitik. Das Versagen von Krediten zur Durchhaltung von Auslandskrediten und von Aktienpaketen, wodurch beträchtliche Betriebsmittel in unrationeller Weise gebunden blieben, hat der so ruinösen Fehlleistung sowohl der kurz- als der langfristigen Auslandskredite ein Ende gemacht. Was wird in der Zukunft erwarten dürfen, daß nicht nur bedeutend weniger kurzfristige und mehr langfristige Auslandskredite aufgenommen werden, sondern daß die kurzfristigen auch nur zu Umschlagszwecken und die langfristigen als echtes Sauerzugs- und Umstellungskapital Verwendung finden. Damit darf man hoffen, daß auch viele Inlandskredite, die zur Durchhaltung der fehlgeleiteten Auslandskredite verwendet wurden, ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführt werden können. Darin liegt auch die tiefere volkswirtschaftliche Bedeutung der Stinnes-Liquidation, bei der Aktienpakete veräußert werden, um festgefrorene Laufkredite wieder flüssigzumachen und sie zweckmäßiger Verwendung zuzuführen.

Das Bild, das die Juni-Bilanzen der Banken von dem Prozeß der Kapitalneubildung gewahren, erscheint düsterer, als die tatsächlichen Verhältnisse rechtfertigen. Wie außerordentlich geringfügig die Kapitalbildung bei den Kreditbanken selbst ist, zeigt so recht erst ein Vergleich mit dem Jahre 1913. Während im Jahre 1913 bei den Großbanken 419 Millionen, bei den Kreditbanken zusammen 1241 Millionen mit mehr als dreimonatiger Fälligkeit ihrer Verwendung als Kapitalanlage barriert, sind die entsprechenden Zahlen Ende Juni 1925, am Schluß des 3. Stabilisierungshalbjahres nur 23 bzw. 45 Millionen. Das sind gegenüber 1913 nur 5,4 bzw. gar nur 3,6 Proz. Ein etwas günstigeres Verhältnis, 14 bzw. 20 Proz., ergibt sich für die „sonstigen Kreditoren“. Dieses Verhältnis spricht Bände für die Wirtschaftsverwüstung, die während der Inflation durch die Substanzverwüstung der Sachwertlöhne und durch die Wohlstandszerstörung bei den Rentnern und den arbeitenden Massen angerichtet worden ist. Aber es erscheint doch viel ungünstiger, als es tatsächlich ist. Einmal erfolgt wohl in allen Industrien, gerade weil der Kapitalmarkt desorganisiert ist, eine sehr starke Kapitalbildung über Betrieb: das aus dem inländischen Kapitalmarkt vorläufig überhaupt nicht und vom Ausland noch völlig unzulänglich erreichbare Sanierungskapital wird durch Preisüberhöhung aus dem Warenumschlag genommen und direkt im Betrieb verwendet, ohne die Banken zu berühren. Sodann zwingt die bisherige Fehlleitung der Kredite in Industrie und Landwirtschaft, die die Betriebsmittel ganz besonders verschärft hat, entweder zum Verzicht auf die Dividende, oder zur Stundung der Dividendenzahlung durch die Aktienäre. Und endlich wird die Kapitalbildung selbst entscheidend gehemmt durch die Einrechnung von Gewinnansprüchen in den Warenpreis, die in Widerspruch stehen mit dem niedrigen Kursstand der Aktien und mit der künstlichen Erhöhung des Preisniveaus die Warenumsätze droffeln müssen.

Seehandlung, Staatsbanken und Girozentralen.

Für die Bilanz der Seehandlung ist charakteristisch, daß trotz der Erhöhung der Einlagenbestände um 196 Millionen, das ist noch 12 Millionen mehr als die Erhöhung aller Kreditoren bei den Großbanken und 9 Millionen mehr gegenüber der Erhöhung Ende April, die Beschäftigung von 244 auf nur 246 Millionen gestiegen ist...

Nach bei den Staats- und Landesbanken und bei den Girozentralen zeigt sich gegenüber Ende April trotz beträchtlicher Steigerung der Einlagen eine erhebliche Verschlechterung der Liquidität.

Die Konstituierung der Rentenbankkreditanstalt.

Die Rentenbank hielt Mittwoch im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats ihre Generalversammlung ab und am Anschließ der konstituierenden Sitzung der Rentenbankkreditanstalt.

Präsident Lenze nahm dann ausführlich zu dem Rentenbankkreditgesetz Stellung. Er führte aus, daß sich die Kreise der Rentenbank dieses Gesetz anders gedacht hätten als es jetzt der Tat geworden sei.

Einmütig beschlossen wurde eine Resolution, die sich besonders dagegen richtet, daß die Landwirtschaft im Verwaltungsrat der neuen Kreditbank nicht genügend vertreten sei.

Verbandstag der Gemeindefürsorge.

Der Verbandsvorsitzende Frig Rüntner eröffnete den Verbandstag und begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen in- und ausländischen Gäste.

Der Geschäftsbericht erstattet Rüntner. Er bezieht sich auf den gedruckten Bericht, aus dem hervorgeht, daß Ende 1924 187.546 Mitglieder vorhanden waren, und zwar 159.246 männliche und 28.300 weibliche Mitglieder; im 1. Quartal 1925 hat sich der Bestand auf 195.000 Mitglieder erhöht.

Er bekennt sich zu dem Vorschlag des Bundesvorstandes. Mit dem Verbands der Eisenbahner soll ein Kartellverhältnis geschlossen werden, das der Zustimmung des Verbandstages bedarf.

Im Anschluß an einige geschäftliche Mitteilungen bringt der Vorsitzende die überraschende Nachricht, daß ein vom Vorstande im Jahre 1923 ausgestellter Schuldschein über ein Darlehen von 200 englischen Pfunden von der englischen Bundesorganisation zurückgegeben worden ist.

berichtet der Hauptkassierer Ruppert. Die Einnahmen betragen 3.736.407 M., die Ausgaben 2.597.159 M. Es ist somit eine Rebr-einnahme von 1.139.248 M. zu verzeichnen.

gab Redakteur Dittmer. Die „Gewerkschaft“ und die „Beamten-Gewerkschaft“ erschienen regelmäßig wöchentlich achtseitig, die „Sanitätswart“ 14seitig mit acht Seiten.

die nur dazu dient, den Arbeitern ihre Rechte zu schmälern. Für die Arbeiter der Gaswerke wünscht er eine Reichsaktion.

die Drangsale der Rheinländer, insbesondere während der Herrschaft der Separatisten. Hinter den glänzenden Jahraufschneidern der Rheinlande standen Hundert-tausende hungernde Arbeiter.

Wetter für Berlin und Umgebung. Etwas kühl, größtenteils bewölkt mit einzelnen leichten Regenfällen. — Für Deutschland. Viel leicht Regenfälle; überall etwas Abkühlung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Sonabend, den 8. August, abends 6 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim Lindenstraße 3.

heute, Donnerstag, den 6. August: Jungsozialisten. Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Tiltze Straße 4, Barroca des Genossen Obermann: „Genetsopa“.

Morgen, Freitag, den 7. August: 8. Ubr bei Ricker, Steinwegstr. 26, Vorhandedung. 20. Ubr 7 1/2 Uhr Funktionärkonferenz bei Ricker.

Jugendveranstaltungen.

Mitgliederversammlungen heute, Donnerstag, den 6. August: Grünadergruppe: Rote Schule, Gothenburger Str. 2 (Oberflasse).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckelstr. 17/18, 2. u. 3. Etz. Sonabend, 8 Uhr Kameraden haben Donnerstag abends 8 Uhr Kameradenmarkt.

Die deutsche Luftfahrt im 1. Halbjahr 1925.

2 1/2 Millionen Flugkilometer und 43589 Passagiere. Die Veröffentlichungen über die Betriebsergebnisse der deutschen Luftfahrt liegen über das 1. Halbjahr 1925 nunmehr vor.

Die Heide- und Moorbrände im Landkreis Hannover und im Kreise Burgdorf sind jetzt völlig gelöscht. Die letzten Reichswehrtruppen sind aus den bedrohten Gebieten zurückgezogen worden.

Theater, Lichtspiele usw. Schiller-Theat. Operettenspielzeit 8 Uhr. Annemarie Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora Lettner.

Metropol-Theat. 9 1/2 Uhr: Tausend süße Reichen. Dir. Dr. M. Zickel Thalia-Th. 8 Uhr: Die neue Neve Regenbogen.

ULAP HEUTE ERNTEFEST! DAS PROGRAMM IST RIESENHAFT! BOXKAMPF 8 Uhr: Erich Brandel - Richard Hartig - Charly Häcker - Kurt Sasse.

Entdeckung des NORDPOLS in Groß-Berlin Restaurant Alexanderstraße 46-48 Ecke Neue Königstraße. Berlins neueste Sensation!

Komische Oper 8 U. Dir.: James Klein 8 U. Europas meist gespielte u. somit erfolg. Revue: 400 Das hat die Welt noch nicht geseh'n Sommerpreise!

Neue Welt Arnold Scholz, Hasenheide 109/114 Jeden Donnerstag Großes Riesen-Kunstfeuerwerk Märchen aus 1001er Nacht.

Berliner Prafer Kastanienallee 7-9 Heute Gr. Volkstag Gr. Varieté-Vorstellung Auf allen Plätzen 50 Pf., außer Logen Anfang 4 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN Im August Varieté grünen Stils! (Parade) (gest.)

Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr: Stettiner Sänger Dönhoff-Brett! Saal und Garten Großes Familien-Varieté.

Elite-Sänger 10 August-Sensationen wieder Varieté 10 August-Sensationen wieder Varieté 60 Pf. 5 Hl.

Opernhaus am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Der kleine Kuppler Sonnab. 2. 78. Male Der kleine Kuppler

Komödienhaus 7 45 Uhr: Der letzte Kuß

Casino-Theater Lothriner Str. 37, Freitag 7. Aug. 8 U. Entlassung an 25. August mit d. Jaktig. Fosse D. Kühne Schwimmet

Krause's Pianos zur Miete Ansbacher Str. 1. Fabrikationsstelle

HUNDE Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt. Tierärztliche Poliklinik Chausseestraße 93 neben Kriegervereinshaus Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr